

— Zwölfter Jahrgang. —

Nr. 23.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur.

23. Woche für die Zeit vom 5. bis 11. Juni 1903.

Posen, den 16. Juni 1903.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 130 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 11. Juni 1903:

Der Kardinal Kopp

hat einen Hirtenbrief erlassen, in welchem er auf seine Schäfchen in Sachen der Reichstagswahlen unzweideutig einen Druck auszuüben sucht.

Es ist darin zwar von den Wahlen mit keinem Worte die Rede, da das Beeinflussen derselben nicht zu den kirchlichen Angelegenheiten gehören soll. Es ist hier aber etwas Anderes, da es sich um die „Gläubigen“ aus einem polnischen Landesteil handelt, die der Stimme des Zentrums und des germanisierenden Klerus nicht folgen wollen. Der ganze Inhalt jenes auf das polnische Volk berechneten Briefes, der letzteres des nationalen Empfindes bar machen will, wendet sich gegen die polnischen Zeitungen, in erster Linie gegen den Gornoslonzak. Dem Blatte wird vorgeworfen, es habe den Beichtstuhl eine „Krämersbude“ genannt.

Wir brauchen den Gornoslonzak und die übrigen angegriffenen polnischen Blätter nicht zu verteidigen, da sie sich selbst zu wehren wissen werden sogar gegen solche Briefe, welche demjenigen des Kardinals Kopp ähnlich sind. Wir meinen jedoch, daß endlich die Zeit gekommen ist, mit diesem deutschkatholischen Bischof in Altpolen abzurechnen, besonders deshalb, weil er die Seelsorge auch in der Diözese Teschen ausübt, auf jedem Schritte den Germanismus begünstigend.

Die Sprache und die Volkssitte, die nach seinem Briefe hohe Gaben, aber nicht die höchsten Güter des Menschen sind, müssen und werden auch ungeachtet der Hirtenbriefe des Bischofs Kopp und ihm ähnlichen Seelenhirten für jeden Polen, also auch für Gornoslonzak geschätzte Güter bleiben, welche er verteidigen soll und wird bis zum letzten Blutstropfen, und deren Verteidigung ihm nicht allein das göttliche, sondern auch das menschliche Gesetz gebietet.

Ein Kirchenfürst aber, welcher die Religion und seine Dienste als Seelsorger in Partei- und Nationalitätenkämpfen zur Verfügung stellt, setzt damit die Religion und seine Würde herab, denn das Kreuz als Sinnbild des Friedens soll sich über die Kämpfenden erheben.

Die Geschichte lehrt uns so manches. Wie einst sich mit Strömen von Blut und mit dem Rauch der Brandstätten und der Asche die Züge der Germanen in die slawischen Lande kennzeichneten, diese Züge, die im Namen der christlichen Religion unternommen wurden,

so sucht man heut im Namen der Religion das polnische Volk seiner Sprache und seiner nationalen Bräuche bar zu machen, indem man sich mit der Lehre Christi und mit den christlichen Wahrheiten deckt.

Der Hirtenbrief des Kardinals Kopp ist in Breslau entstanden, also einige Meilen von dem denkwürdigen Kampfplatze auf dem Hundsfelde. Es ist dies die Stätte eines wahren Gottesgerichts über Eindringlinge, welche uns im Namen des Kreuzes ihr Regiment und ihre Rechte aufdrängten, — und der Hirtenbrief ist verkündet worden nach dem Pfingstfest, jenem feierlichen Jahrestage der Ausendung der hl. Apostel in alle Länder und an alle Völker, damit sie die Wahrheiten des christlichen Glaubens allen Nationen in deren Muttersprache lehrten. Kardinal Kopp rechnet augenscheinlich weder mit der Vergangenheit noch mit der Zukunft, sonst würde er sich die Wahrheit vorhalten, daß Gottes Mühlen langsam, aber gerecht mahlen, und daß, wie einst Gottes Strafe auf dem Hundsfelde diejenigen ereilte, welche unter Mißbrauch des Namens Gottes und des hl. Glaubenszeichens Grauen, Knechtschaft und Verwüstung verbreiteten, schließlich auch die Zeit kommen wird, in welcher dies arme, so viele Jahrhunderte drangalierte schlesische, polnische Volk aus dem Jahrhunderte langen Schlaf erwachen wird, wie jenes bei Trebnitz schlafende Heer, und daß es in geschlossener Reihe auftreten wird in Verteidigung der Sprache und der nationalen Bräuche unter der Losung: „Für Glauben und Vaterland!“ Die nationalen Gefühle des polnischen Volkes aber gehen den Kardinal Kopp gar nichts an. Wer zum polnischen Volke in dessen Muttersprache nicht redet oder nicht zu reden versteht, wer die Hand dazu bietet, dem polnischen Volke die von den Vätern und Großvätern ererbte Sprache und Sitte zu nehmen, besitzt nicht und wird nicht besitzen das Vertrauen des polnischen Volkes, selbst wenn er die Kardinalswürde innehätte. Unsere Brüder aber in Schlesien und Galizien machen wir aufmerksam auf diesen Hirtenbrief und auf die germanisatorischen Bestrebungen und Gelüste des Herrn Kardinals überhaupt. Dort wenigstens kann und muß man dafür sorgen, den Kardinal Kopp dahin zu belehren, daß er als Kirchenfürst nur Seelsorger ist und sein darf, nicht aber Propagandist für das Deutschtum. Im Briefe des Kardinals findet sich ein Passus, der vor allem auf seinen Brief Anwendung zu finden hat. Er lautet: „Muß man sich nicht wundern über die Verworfenheit, welche die göttlichen Einrichtungen der Kirche verdreht?!

Aus Nr. 129 des Ogedownik (Posen)

vom 9. Juni 1903:

Wieder eine Veränderung im Kurjer.

Der Dziennik Poznański schrieb, Herr Fr. Morawski habe aufgehört, Hauptredakteur des Kurjer zu sein, was übrigens bereits stadtbekannt ist.

Daß die Entfernung des Herrn v. Morawski aus der Redaktion des Kurjer im nahen Zusammenhang mit dem Wahlagitationskampfe und der Angelegenheit des Fürsten Czartoryski steht, das ist klar, wie die Sonne am Himmel.

In die inneren Verhältnisse der Verwaltung des Kurjer kann man sich nicht einlassen, jedoch die Tatsache der Beseitigung des Herrn Fr. Morawski aus der Redaktion des Kurjer genügt, um die fortschrittlichen Elemente der Gesellschaft zur Wachsamkeit gegen die Richtung anzuspornen, in welcher jetzt der Kurjer wird getrieben werden. Der Kurjer wird jetzt dahin arbeiten, um die durch die Wahlagitation gewonnenen Errungenschaften zu Schanden zu machen und die gedeihlichen Grundlagen einmütiger, gemeinsamer Arbeit der Volks- und Fortschrittsselemente und des fortschrittlichen Adels zu vernichten.

Zuerst wurde aus dem Aufsichtsrat des Kurjer Graf Stanislaus Joltowski aus Niechanowo, jetzt der Redakteur Fr. Morawski ausgeschieden. Der Kurjer wird sich jetzt durch längere Zeit maskieren und unter der Hand seine Pläne schmieden.

Aller Volks- und Fortschrittsselemente Pflicht wäre es, jetzt auf der Hut zu sein, um auf jedem Schritt die nach Herbeiführung einer neuen Desorganisation in der Gesellschaft strebende Arbeit des gegenwärtigen Kurjer zu bekämpfen.

Weiter verbleiben wird der gegenwärtige Kurjer unter der Leitung des Prälaten Wawrzyniak, Pfarrers in Mogilno, der aber seit einem halben Jahre ständig in Posen wohnt und den Befehlen — einer höheren Macht untersteht.

Aus Nr. 126 des Kurjer Poznański (Posen)

vom 5. Juni 1903:

Agitation des Grafen Mielzynski in den Grenzmarken.

Ein polnischer Geistlicher schreibt uns folgendes: Wie wohl aus Gesundheitsrücksichten selbst gezwungen, mich den öffentlichen Angelegenheiten fernzuhalten, verfolge ich dennoch mit großem Interesse den Verlauf der Wahlagitation an den westlichen Marken unseres Wahlgebietes.

Diese Tätigkeit ist um so wichtiger, als es sich nicht nur um die Eroberung unserer Abgeordnetenmandate, sondern vornehmlich um die Entfaltung des Nationalbewußtseins unter unserem Volke, um die Erweckung der Schlafenden in den Gegenden handelt, welche teilweise seitens der polnischen Partei gänzlich vergessen wurden. Der erste Beckruf ertönte hier schon vor 2 Jahren, als Graf Matthias Mielzynski eine so tatkräftige, durch das Zentral-Wahlkomitee öffentlich gutgeheißene Agitation entwickelt hatte. Gegenwärtig wiederholt sich diese Agitation unter unvergleichlich schwierigeren Bedingungen, da die verflossenen Wahlen im Herbst stattfanden, wo die Arbeiter aus der Fremde heimkehrten. Gegenwärtig aber fehlt es an dem einmal doch rührigeren und dem Erwecken leichter zugänglichen Elemente.

Nichtsdestoweniger entwickelt sich die Agitations-tätigkeit lebhaft, aber leider gelangt davon, nach den Blättern zu urteilen, nichts zur öffentlichen Kenntnis.

Deshalb erlaube ich mir auch die darüber gesammelten Informationen der geehrten Redaktion zu unterbreiten, mit der Bitte, sie sowohl zwecks Belehrung der Leser als auch als Beispiel für andere der Gefahr ausgesetzte Bezirke zu veröffentlichen.

Ich beginne mit dem Kreise Bomst-Meseritz. Dort hat schon eine ganze Reihe von Volksversammlungen stattgefunden. Am 17. (Mai) veranstaltete Graf Mielzynski in Bentzen eine von 600 Personen besuchte Versammlung. Am nämlichen Tage begab sich Graf Mielzynski nach Borui, wo er etwa 300 Personen um sich versammelte. Am 21. tagte eine Versammlung in Wollstein (ungefähr 700 Personen). Schön waren die Ansprache des Grafen Mielzynski und die Belehrung über die Wahlen des Geistlichen Rosenberg. In dieser Versammlung erklärte dem Gerücht entgegen, als ob Graf Mielzynski nicht kandidieren wolle, das ganze Komitee unter Leitung seines tatkräftigen Vorsitzenden Grafen Czarniecki aus Ratib, es werde im Falle der Verzichtleistung des Grafen Mielzynski sein Amt niederlegen. Gott sei Dank war aber von einer Resignation überhaupt keine Rede. Am 24. fand eine Versammlung in Kosieczyn statt. Gutsbesitzer von Kosieczyn ist ein katholischer Pole, Herr v. Zafzewski, welcher zu den Deutschen hält und den konservativen Wahlauf Ruf mit unterzeichnet hat. Gegen den Grafen Mielzynski trat dort mit großer Heftigkeit der protestantische Kantor auf. In einer glänzenden Ansprache fertigte ihn der Graf ab. Die Zahl der anwesenden Personen belief sich auf etwa 150. Am 26. in Kiebel (ungefähr 100 Personen). Von dorthier begab sich der Graf selbigen Tages nach Broniam, wo sich ebenfalls an 200 Personen versammelten, ausnahmslos unter deutschen Herren beschäftigte Arbeiter. Der preussische Kommissar trat überaus heftig auf, allein die polnischen Landleute bewiesen viel Festigkeit. Am 27. tagte eine Versammlung in Alt-Zablonke mit 150 Personen und am gleichen Tage in Lewic, dessen Gutsbesitzer Herr Haza-Radlic verschiedene Schwierigkeiten bereitete und persönlich den konservativen Auf Ruf unterfertigte, obgleich zwei seiner Vetter vaterseits Jesuiten sind und er selbst aus polnischer Familie stammt, am 28. in Betsche und Lowin, am 29. in Glosowo und Darmowo, zwei verlorene Dörfchen, wo die Polen von allen Seiten von Deutschen eingeschlossen sind.

Überall dort organisierte Graf Matthias, hielt Ansprachen, agitierte, unterstützt von dem Geistlichen Braun. An Tagen, an welchen es keine Wahlversammlungen gab, fuhr der Graf in den Dörfern an der brandenburgischen Grenze umher, wo aus Saalmangel keine regelrechte Versammlung anberaumt werden konnte, versammelte in Bauernhütten kleinere Gruppen um sich und feuerte zur Verteidigung der heiligen Sache an.

Ehre sei dem Grafen für seine Mühe. Die Dankbarkeit des polnischen Volkes und das Bewußtsein der Pflichterfüllung werden ihm gewiß die Geringschätzung erträglicher machen, womit er samt der neuen Fraktion vom Fürsten Czartoryski bedacht wurde, der ihn für unwürdig hält, zugleich mit ihm der Fraktion anzugehören! Schade, daß der Fürst sich nicht auch in unsere Gegend hin bemühte, daß er nicht zusammen mit dem Grafen Mielzynski in Wirtshäusern und Bauernhütten übernachtete, daß er nicht vom Morgengrauen bis zum Abend zugleich mit ihm den Samen austreute, dem einmal eine üppige Frucht entsprossen wird. Man hätte die Tränen der Dankbarkeit in den Augen der unglücklichen Bewohner, die von der Welt durch das Deutschtum abgeschnittenen Dörfchen sehen sollen, um zu beurteilen, wie unser Volk die ihm gewidmete Arbeit zu schätzen versteht.

In Unterredungen mit den Bauern sagten mir diese, die Tätigkeit des Grafen Mielzynski habe in manchem Dorfe das Erwachen zur nationalen Bewegung verursacht, — die Abonnierung polnischer Volksblätter. Weitere Versammlungen in diesem Bezirke soll Graf Matthias unter eifriger Mithilfe der ortsansässigen maßgebenden Faktoren in Bomst, Gr.-Kramzig, Kopniz, Unruhstadt usw. abhalten. Die deutsche Gegenagitation ist ungeheuer. Dieses Mal gehen alle Deutschen geschlossen gegen die Polen vor.

Ebenso entwickelte Graf Mielzynski seine Agitation im Bezirke Samter-Obornik. Am 1. (Juni) fand eine Versammlung in Polajewo (400 Personen) unter großer Beteiligung der Geistlichkeit statt. In der Versammlung sprach außer dem Grafen auch Komiteesekretär Herr Dobrzycki. An dem gleichen Tage veranstaltete Herr Lubinski aus Kionczyn eine Versammlung in Kazmierz.

Als Graf Mielzynski in dieser Versammlung von Tatsachen der Protestantisierung erzählte, unterbrach ihn der Kommissarius, doch dieser wurde aufs Haupt geschlagen, als ihm Graf Mielzynski Beispiele aus dem bekannten Werke des berühmten Geschichtschreibers Janßen zitierte. Seitens der Volkspartei war die Unterstützung ausgezeichnet.

Kamentlich tat sich Herr Stoinski aus Obornik hervor.

Man muß anerkennen, daß alle polnischen Parteien ihrer Pflicht mit Lust, Tatkraft und aus Überzeugung nachkommen. Angefagt sind Versammlungen in Pinne, Duschnik, Rogasen, Obornik, Dobrzycko, Samter, Bronke usw.

(Gestern tagte eine Versammlung in Murowana-Goslin. Ann. d. Red.)

Aus Nr. 128 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 7. Juni 1903:

Vom Fürsten Jdislaw Czartoryski

geht uns folgendes Schreiben zu:

Mit Bezug auf meine Erklärung vom 26. v. Mts., worin ich Beweise für meine auf die Wahlbestechung sich beziehenden Behauptungen einem aus den vier Vorsitzenden der betreffenden Wahlkreis Komitees und dem Vorsitzenden des Zentralkomitees bestehenden Männerkreise vorzulegen mich bereit erklärte, lud ich oben genannte Herren für heut ein. Dieser Einladung leisteten Folge die Herren:

Pfarrer Wisniewski aus Czacz,
Gustav Rajzewski aus Jasieniec,
Dr. Zuchowski aus Grätz,
Graf Stanislaus Loncki aus Pafoslaw.

Nach genauer Durchsicht des von mir vorgelegten Beweismaterials händigten mir diese Herren folgende Erklärung ein:

Wir Unterzeichneten erklären: Die Behauptung des Fürsten Czartoryski, es hätten Bestechungen bestanden, ist vollkommen berechtigt. Die uns vorgelegten Beweise aus dem Grätz'er Kreise anerkennen wir voll und ganz.

Pfarrer Wisniewski. Rajzewski.

Dr. Zuchowski. Stanislaw Loncki.

Posen, den 5. Juni 1903.

Indem ich dieses Schreiben zur öffentlichen Kenntnis bringe, erkläre ich, daß ich einerseits leichtfertig einen Vorwurf der Bestechung nicht erhoben habe, andererseits aber auch die Überzeugung hegte, daß einzig und allein zu übermäßige Heißblütigkeit in dem hiesigen Wahlkampfe die Ursache des Übels war.

Als ich die Vorsitzenden der betreffenden Wahlkomitees zur Prüfung der ganzen Angelegenheit berief, war mir nicht bekannt, wer diese Ämter bekleidet. Meine einzige Absicht war, öffentliches Vertrauen besitzende Leute zu berufen, zumal in den Kreisen, die sich durch meine Vorwürfe getroffen fühlen konnten. In der Überzeugung also, daß diese heikle Sache öffentlich nur auf diese Art behandelt werden könne, erachte ich sie für meine Person als erledigt.

Bei dieser Gelegenheit verwahre ich mich ganz entschieden gegen den Vorwurf, als hätte ich eine auf die Aufklärung unseres Volkes gestützte Politik bekämpft; im Gegenteil, ich fühle mich mehr Volksparteiler, als vielleicht viele von denen, die ausnahmslos für sich diesen Namen beanspruchen, und die Arbeit mit dem Volke und für das Volk war, ist und wird stets das Lösungswort meines Verhaltens sein.

Auf die übrigen Vorwürfe antworte ich kurz, daß ich dem Grafen Matthias Mielzynski, dessen Emsigkeit und Eifer vor der Wahl ich ganz und gar anerkenne, keine Beleidigung zugefügt, an den Fürsten Radziwill nicht geschrieben und die neue Fraktion herabzusetzen mir nie erlaubt habe.

Die Verzichtleistung auf die Kandidatur meinerseits war nicht vom Mangel an Vertrauen zu den neuen Kräften diktiert, sondern von der Furcht vor der Verantwortlichkeit vom Augenblick der Beseitigung immerhin ebenfalls alterprobt und erfahrener Männer.

Jdislaw Czartoryski.

Posen, den 5. Juni 1903.

Zu der Versammlung der Vorsitzenden war auch der Vorsitzende des Zentral-Wahl-Komitees der Provinz geladen, er erschien aber nicht.

Wir freuen uns, daß die Sache schließlich in dieser Weise beigelegt wurde, und dem Fürsten J. Czartoryski gebührt der Dank aller politisch reifen Leute dafür, daß er mit wahrhaft männlichem Mut die Ehre unserer Wahlsache gerettet hat, woraus von gewisser Seite ein Schauplatz für die Betätigung persönlichen Ehrgeizes geschaffen werden sollte.

Wir wünschen, daß jetzt die Überzeugten und beruhigten Gemüter die Schwerter der Polemik beiseite legen und sich allseits ausschließlich mit der vorläufig angedeuteten Wahlagitation befassen möchten, die gegen wirkliche Feinde, nicht aber gegen Landsleute gerichtet ist.

Aus Nr. 130 des Orędownik (Posen)
vom 10. Juni 1903.

Offener Brief der Wähler des Kreises Grätz an den Fürsten Jdislaw Czartoryski.

Indem wir die Ehre sowohl unserer Kandidaten als auch aller Wähler des Kreises Grätz in Schutz nehmen, erklären wir zu der letzten in den öffentlichen Blättern aufgenommenen Deklaration des Fürsten Czartoryski Folgendes:

1. Trotz mehrfacher Aufforderung, öffentlich Beweise für den erhobenen Vorwurf der Bestechung in dem Wahlkreise Kosten-Schniegel-Grätz-Neutomischel beizubringen, weigert sich der Fürst nicht nur Namen von Bestechenden und Bestochenen zu nennen, sondern er hält sogar seine schreckliche Anschuldigung hinsichtlich des Grätz'er Kreises in ihrer ganzen Größe aufrecht, indem er angeblich Beweise in die Hände der 4 Komiteevorsitzenden niedergelegt hat.

Mit seinem Verhalten verschärft er die Sache, und verbreitet dadurch am Vorabend der Wahlen Unruhe und Verwirrung unter den Wählern.

2. Die Komiteevorsitzenden wurden von dem Fürsten über die bestechenden und bestochenen Personen unterrichtet, mithin ist für diese Herren die Sache beigelegt, nicht aber für den Rest der Wähler.
3. Furcht vor gerichtlicher Untersuchung kennen wir nicht; wir verlangen die Aufklärung der Sache; die Schuldigen der Strafe zu entziehen sind wir nicht willens.
4. Die den Bestechenden und Bestochenen beigelegte Bezeichnung der „Heißblütigkeit“ weisen wir namens der öffentlichen und persönlichen Ehre mit Unterstützung zurück.
5. Wir werfen weder dem Fürsten noch den 4 Vorsitzenden bei der Feststellung der angeblichen Beweise bösen Glauben vor; allein weder die Kompetenz des Fürsten noch die der einzig und allein von dem Ankläger ausgewählten Personen genügt uns, und wir erklären ganz entschieden, daß hierzu alle Wähler berufen sind. Das Urteil wurde hinter dem Rücken der Angeklagten, der Kandidaten sowie der Wähler, gefällt. Diese aber haben das Recht und die Pflicht, jene Beweisstücke zu sehen und auf ihren Wert hin zu prüfen.
6. Wir erklären, daß wir die Angelegenheit des Auftretens seitens des Fürsten nicht im geringsten als beendet betrachten, daß wir weiter unsere Rechte verfechten werden und den Fürsten persönlich für die von ihm erhobenen Vorwürfe verantwortlich machen.

Im Namen der Wähler des Kreises Grätz.

Wladislaus Szubert, Wielkowiec.

Wawrzyn Komalski, Wysocza.

Stanislaus v. Niegolewski, Niegolewo. Dr. Bialy, Buf.

T. Knechtel, Buf. Staszkowia, Wielkowiec.

Stefan Lemanski, Szewce. Chylowski, Buf.

Johann Mackowiak, Dobierzyn. Josef Bendek, Buf.

J. Majewski, Buf. Jakob Haluz, Usciencize.

St. Madaj, Buf. A. Aniola, Wielkowiec.

Stefan Adamek, Lagomy. W. Skwinski, Rozlowo.

Marcellus Chojnacki, Buf. T. Staszkowia, Wielkowiec.

Andreas Piechowiak, Dobierzyn. Adalbert Dybizbanski.

Josef Hojan, Wysocza. Andreas Mansfeld, Wysocza.

Viktor Rapierski, Buf. Franz Pasiciel, Buf.

Johann Pawlowicz, Buf. Anselmus Staniszkowski, Buf.

Johann Bokus, Zegowo. W. Piechowiak, Wielkowiec.

J. Chojnacki, Buf. St. Niemyt, Zegowo.

Johann Niemyt, Rozlowo. Adam Sieduchinski, Buf.

Johann Kosicki, Wielkowiec. S. Czepczynski, Wielkowiec.

St. Minski Buf.

Aus Nr. 131 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 11. Juni 1903:

Die Untergeschobenen.

Soviel wurde schon über die Agenten der Ansiedlungskommission geschrieben und die Mitbürgererschaft vor ihnen gewarnt, zumal wenn sie unter der Gestalt von Landgüter kaufenden „Landsleuten“ auftreten. Aber ein großer Teil von Interessenten scheint Zeitungen überhaupt nicht zu lesen und nicht zu wissen, was und wie es zugeht. Immer noch schenken sie solchen unbekannten und gewöhnlich untergeschobenen Figuren Glauben, welche, sobald sie nur hinterlistig eines Gutes habhaft geworden, dieses auf der Stelle an die Kommission weiterverkaufen.

Jetzt wird uns wiederum von mehreren Seiten des Großherzogtums von auf der Bildfläche erscheinenden, höchstwahrscheinlich von der Kommission untergeschobenen Kaufleuten mitgeteilt.

Leider sind die Angaben zu unbestimmt gehalten, als daß wir öffentlich Namen nennen könnten, denn man könnte sich einen fatalen Prozeß heraufbeschwören.

Dennoch sind aber diese Gerüchte wahr und wir müssen die Interessenten von neuem warnen, sie möchten diesen Herren ehrliche polnische Namen mit dem Kolonisationswesen zu beslecken nicht erlauben.

Nähere Angaben können wir nur insoweit machen, als ein Agent A. in der Gegend von Wittowo, Kröben und Lissa umherschleicht. Er soll ein entlassener Lehrer aus Schlesien sein und verfügt für seine Verhältnisse über allzugroße Geldsummen.

Schon das ist ein verdächtiger Umstand.

Bedauernswert sind alle die, welche ein Landgut verkaufen wollen oder müssen. Ein echter Landsmann trifft sich selten als Käufer, um so größer aber ist die Zahl solcher „Landsleute“, die ihre Seele zu verkaufen bereit sind, wenn sie nur eines Groschen habhaft werden.

Hat ja doch vor kurzem einer von den Ministern zugegeben, die Kommission müsse bei der Wachsamkeit der polnischen Presse zu Mitteln, wie die Unterschlebung falscher Kaufleute, greifen.

Achtbarkeit muß man also nach allen Seiten hin entwickeln und nicht durch Leichtgläubigkeit jündigen.

Aus Nr. 131 des Kuryer Poznański (Posen)

vom 11. Juni 1903:

Ansiedelung.

Chludowo (fast 5000 Morgen) nebst Zielontkowo (3000 Morgen) gehen an die Ansiedelung über. Am vorigen Freitag und Sonnabend weilten hier Beamte der Ansiedlungskommission; sie besahen und schrieben alles auf. Chludowo liegt 3 Meilen nördlich von Posen und gehört gegenwärtig der in Berlin wohnhaften verwitweten Frau v. Treskow. Das Gut, früher Eigentum des Klosters Dwinz, hat ein katholisches Kirchlein; dasselbe wird in seiner Existenz bedroht; denn außer dem Dominium gibt es hier nur drei polnische Wirte. Chludowo und Zielontkowo stehen in hoher Kultur und der Boden ist sehr gut. Trägen ein polnischer Magnat würde hier eine schöne Residenz haben, denn es gibt hier ein sehr schönes Palais mit einem großen Parke. Vielleicht erfährt hiervon durch Obiges ein vermögender polnischer Herr oder eine polnische Bank.

Aus Nr. 125 des Lech (Gnesen)

vom 5. Juni 1903:

In Wogrowitz würde ein polnisch-katholischer Kürschner sein gutes Auskommen finden. Die Stadt hat lebhaften Verkehr; außer einem Juden gibt es keinen zweiten Handwerker dieser Branche. Nähere Auskunft erteilt gern Herr M. Kersten in Wogrowitz, Breitestraße Nr. 12.

Aus Nr. 127 des Goniec Wielkopolski (Posen)

vom 7. Juni 1903:

Deutsch-Presse, den 4. Juni.

Nachdem ich in der heutigen Nummer des Wielkopolskanin die Nachricht über Deutsch-Presse gelesen, beile ich mich mitzuteilen, daß nicht bloß Herr

Graf Zoltowski und v. Kurnatowski Verwalter der Ziegelei sind, da dieser Genossenschaft noch viel mehr Männer vom polnischen Adel angehören, so z. B. die Herren Graf Zoltowski aus Gluchowo und Zargoniewic, v. Manowski aus Brodnica, die auch Vorsitzende von „Ackerbauvereinen“ sind und die, statt mit gutem Beispiele voranzuleuchten, dem Deutschtum den Weg bahnen.

Soviel mir bekannt ist, ist nicht nur der Direktor ein Deutscher, sondern das ganze Verwaltungspersonal der Fabrik setzt sich aus Deutschen zusammen, sogar die Kantine befindet sich in deutschen Händen, gewiß aus Besorgnis, es könnte sich irgend ein Landsmann bereichern. Am meisten aber muß man bedauern, daß die Polen sich nicht anders zu raten wissen, und Deutsche an die Spitze stellen.

Was nützt uns unser ganzes Studium und unsere polnische Industrie, wenn unsere Kapitalisten in ihren Firmen nur deutsche Beamten unterhalten, die sich mit unserer blutigen Arbeit bereichern, dann aber uns auslachen und uns Arme vertreiben.

Das Herz tut einem weh, wenn wir in deutschen Fabriken arbeiten, wo uns die Deutschen Nadelstiche versetzen und unsere Sprache vergewaltigen, indem sie uns „dummer Polak“ usw. schimpfen, aber um vieles ärger ergeht es uns, wenn es in rein polnischen Firmen unter deutscher Leitung arbeiten heißt.

Das ist eins von den vielen Beispielen dafür, daß uns nicht allein von den Deutschen Zwang angetan wird, sondern auch seitens der Unrigen, die uns ums Brot bringen, statt uns bei der Weiterbildung in unserer Industrie behilflich zu sein. Wehe uns, wenn es so weiter bleibt.

Ein Arbeiter der Ziegelei in Deutsch-Presse.

Aus Nr. 128 des Oredownik (Posen)

vom 7. Juni 1903:

Generalversammlung der Vertreter der gemeinsamen Krankenkasse Nr. 3.

In der Generalversammlung der gemeinsamen Krankenkasse Nr. 3, welche gestern Abend 8 Uhr im Hotel de Sage abgehalten wurde, sind die nachstehenden von Herrn Szmytkowski gestellten polnischen Anträge angenommen worden.

An Stelle der deutschen bzw. jüdischen Ärzte Dr. Dr. Calvary, Fritsche, Gottberg, Lange, Lasaß und Rille, welche mit dem 1. Oktober d. J. ausscheiden, wurden außer den bisherigen Ärzten die Herren Dr. Dr. Balfowski, Broekere, Kozuszkiewicz, Michalski, Rydlewski, Smolinski und Szuman, für sofort die Herren Dr. Dr. Gantkowski, Rudzki, Chachamowicz, Drygas und Mackiewicz gewählt. Den bisherigen Spezialärzten Herren Dr. Dr. Mutschler, Pincus, Toporsti, Popper, Pulvermacher und Rudolph wurde der Kontrakt zum 1. Oktober d. J. gekündigt, und es wurden außer den bereits beschäftigten Spezialisten Herren Dr. Dr. Wicherkiewicz und Karwowski sofort die Herren Dr. Dr. Grabowski, Jarnatowski, Miegolewski, Zafzowski, Stasinski, Pomorski, Chrzanowski und Mieczkowski engagiert.

An Stelle der Zahnärzte Gorik, Hülse, Riemann und Risch wurden die Herren Palendzki, Buczkowski und Oginski gewählt.

Die Beziehungen zu den Optikern Herren Gaebler und Tchanter sowie zu den Bandagisten Boltz, Chamblu, Fuchs und Mutschall wurden abgebrochen und es wurden nur als Optiker Herr Weichmann und als Bandagist Herr Kasprowiez beibehalten.

Dem Apotheker Herrn Herlitz wurde der Kontrakt sofort gekündigt. In den Vorstand der Kasse wurden die Herren Joh. Murkowski, Marciniak und Szmytkowski gewählt. Bemerkt muß werden, daß während der Versammlung Herr Tuch zu behaupten wagte, die deutschen Ärzte seien besser als die polnischen. Augenscheinlich lag den Mitgliedern der Kasse Nr. 3 nicht viel an diesem angeblichen „Bessersein“.

Aus Nr. 129 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 9. Juni 1903:

Den Vorwurf rücksichtslosen Boykotts

macht das Pos. Tageblatt der Generalversammlung der gemeinsamen Krankenkasse Nr. 3 dafür, weil sie mit Stimmenmehrheit verschiedenen deutschen Ärzten, Apothekern, Bandagisten usw. das bisherige Verhältnis aufgekündigt und mit entsprechenden polnischen Persönlichkeiten neue Beziehungen angeknüpft hat.

Es wurden demnach durch das Vertrauen der Generalversammlung in den autonomen Sanitätsdienst berufen die Herren Dr. Dr. Balfowski, Broekere, Kozuszkiewicz, Michalski, Rydlewski, Smolinski und Szuman, sowie die Herren Dr. Dr. Gantkowski, Chachamowicz, Drygas und Mackiewicz. An Spezialisten wurden ferner berufen die Hrn. Dr. Dr. Wicherkiewicz, Karwowski, Grabowski, Jarnatowski, Niepolewski, Stasinski, Pomorski, Chrzanowski und Mieczkowski. Als Dentisten wurden angenommen die Herren Palendzki, Buczkowski und Oginski, ferner der Optiker Herr Weichmann und der Bandagist Herr Kasprowiez.

In den Vorstand der Kasse wurden gewählt die Herren Murkowski, Marciniak und Szmytkowski.

Das alles nennt das Pos. Tagebl. „unerhörten Boykott“, „Vergewaltigung der Minderheit“ und das Blatt fordert die Regierung auf, die Wahlen für ungültig zu erklären und Material zu sammeln zur Abänderung des Krankenkassengesetzes.

„Polizei! Polizei!“ Das ist die allgemeine Stimme, wenn irgend eine Sache nicht im Sinne des Hafatismus erledigt wird. Nicht ist es Vergewaltigung und Boykott, wenn das Polentum in jeder Hinsicht machtlos gemacht und mit amtlichen und gesellschaftlichen Mitteln untergraben wird, wenn die Verteidigung des bedrängten Deutschtums auf Kosten des mißhandelten Polentums ausgeübt wird. Nicht ist es Boykott und Vergewaltigung, wenn die polnische Sprache aus allen Beamtenstellungen hinausgedrängt wird, und bereits möchte man sie aus der Kirche hinausdrängen.

Nicht ist es Boykott, wenn Schüler, welche, sei es auch nur einen Brocken polnischer Geschichte und Literatur lernen wollten, zu Zwecken der Aburteilung auf die Anklagebank gesetzt werden.

Aber es ist Boykott und Vergewaltigung, wenn eine loyale Mehrheit von Polen über sich und ihre Not ratschlagt, wie sie kann, und in der Weise, wie oben geschildert.

Indes war und ist diese Mehrheit fern von der Absicht jeden politischen Boykotts. Sie handelte nur im Sinne und gemäß den Bedürfnissen der Mehrheit, ohne damit die Minderheit zu beeinträchtigen.

Alle gewählten polnischen Ärzte sind vorzüglich in ihrem Fach, und sie besitzen auch den Vorzug, daß sie beide Landessprachen beherrschen, daß jeder deutsche Patient mit ihnen ebenso sich verständigen kann, wie mit den deutschen Ärzten. Das Gleiche ist indes nicht bei den deutschen Ärzten der Fall. Diese können größtenteils überhaupt nicht polnisch, oder so schwach, daß der polnische Patient zu ihrer Konsultation kein Vertrauen haben kann.

Ein klassisches Beispiel hierfür wurde in der Armenverwaltung geliefert. Ein gewisser deutscher Arzt verwandte und verwendet wahrscheinlich heut noch sein Dienstmädchen als Dolmetscher bei der Verständigung mit polnischen Patienten.

Und es handelt sich hier doch um Gesundheit und Leben der Nächsten.

Die polnische Gesamtheit hat lange auch in dieser Hinsicht den von dem rücksichtslosen Deutschtum ausgeübten Druck ertragen; kein Wunder, daß sie Mut faßte und sich selbst Gerechtigkeit zumaß. Aber das bedrängte Deutschtum duldet nicht die mindeste Unannehmlichkeit, obgleich es selbst Unannehmlichkeiten nach allen Seiten hin reichlich ansteilt. Polizei! Polizei! das ist seine Lösung, wenn es in der Minderheit ist, und der Boykott des Polentums ist auf die Standardie jeder tatsächlichen oder sogar künstlichen Mehrheit eingetragen.

Aus Nr. 129 des Orędownik (Posen)

vom 9. Juni 1903:

Das Posener Tageblatt und die Wahlen der Krankenkasse Nr. 3.

Boykott wird vom Posener Tageblatt das Wahlergebnis der Krankenkasse Nr. 3 genannt und an der Behauptung festgehalten, es seien die deutschen Ärzte bloß deshalb beseitigt worden, weil sie Deutsche sind. In seiner Bosheit hat sich das Posener Tageblatt so weit verstiegen, daß es Änderung des Krankenkassengesetzes und die Ungültigkeitserklärung der Wahlen in die erwähnte Kasse durch den Magistrat verlangt.

Es hält schwer, sich mit dem Pos. Tageblatt in eine Polemik einzulassen, da fast jede Nummer dieses Blattes eine Unmenge von Behauptungen und Denunziationen enthält, welche das Blatt trotz sachlicher Beweisführung, daß sich die Sache anders verhält, immer wieder zu veröffentlichen nicht unterläßt.

Im vorliegenden Falle jedoch müssen wir mit einigen Worten den Vorwurf zurückweisen, als ob die Polen in der Krankenkasse Nr. 3 die in jeder Hinsicht tüchtigen Ärzte nur aus dem Grunde ausgeschieden hätten, daß diese deutscher Nationalität sind. Der Beweggrund war ein ganz anderer. Jene Ärzte wurden einfach deswegen entfernt, weil sie polnisch nicht verstehen und sich mit den Patienten nur mit Mühe, oder überhaupt nicht zu verständigen vermögen, daß man sich einzig und allein von diesem Umstande leiten ließ, erhellt am besten daraus, daß ein protestantischer Arzt gewählt wurde, welcher die polnische Sprache ausgezeichnet beherrscht.

Viele von den jüdischen Ärzten, mit denen der Vertrag aufgelöst wurde, sind zwar, aber nicht genügend der polnischen Sprache mächtig, jedoch gerade sie haben infolge ihres Vorwurges vor den nur deutschsprechenden Kollegen in der Privatpraxis soviel Beschäftigung, daß sie sich mit den Krankenkassen gehörig zu befassen nicht im stande sind und es auch nicht benötigen.

Aber gesetzt den Fall, die deutschen und jüdischen Ärzte sprächen sogar alle polnisch, so könnte man dennoch ihre Ausschließung aus den überwiegend polnischen Krankenkassen nicht Boykott nennen, da die Polen bei der Drangsalierung, die sie auf Schritt und Tritt erfahren, einfach die Pflicht haben, für die Existenzverbesserung ihrer Ärzte zu sorgen, und sollte es sogar durch Wahl in die Krankenkassen geschehen; denn kein polnischer Arzt erhält eine staatliche Unterstützung, wie z. B. eine solche unlängst einem deutschen Arzte in Storchest in der Höhe von 1800 Mark jährlich zuerkannt wurde.

Daß solche Verhältnisse zur Herrschaft gelangt sind, ist allerdings bedauerndswert, aber dem Tageblatt steht es am allerwenigsten an, sich darüber zu entrichten und dies Boykott zu nennen, da es tagtäglich zu ihrer größeren Verschärfung beiträgt und einen wirklichen Boykott alles Polnischen betätigt.

Aus Nr. 124 des Dziennik Kujawski (Znowrazlaw)
vom 4. Juni 1903:

Grätz.

Seit dem zweiten Pfingstfeiertage veranstaltet bei uns die Schützengilde verschiedene Unterhaltungen. Im vorigen Jahre gehörten dieser Gilde noch verschiedene Deutsche an; seit der Zeit aber, als man anfang, mit der Bahnverwaltung zu prozessieren (als die Grätz-Kostener Bahn durch den Schützengarten gelegt wurde und die Herren Schützen gezwungen waren, den Schützenstand zu verlegen), sind alle Deutschen ausgeschieden. Man sagte, daß sie befürchtet hätten, den Prozeß zu verlieren und daß alsdann jeder von ihnen werde grob bezahlen müssen. Indessen kam es anders. Die Polen gewannen — und den Deutschen scheint nun die Sache leid zu tun. Die Gilde bestellte zu dem gegenwärtig stattfindenden Schützenfeste Militärmusik; seit zwei Tagen ist fast nichts weiter zu hören als: „Heil Dir . . .“ und „Ich bin ein Preuße“. Während des Nachmittagskonzerts werden diese Melodien etlichemale wiederholt. Wenn die Schützen durch die Straßen gehen, wird dasselbe gespielt — augenscheinlich geschieht das infolge einer von oben herab erteilten Instruktion. Es macht das den Eindruck, als ob man es dahin bringen wollte, daß sich die Polen dieses ewige Wiederholen der Nationalhymne unserer Rufenfreunde schließlich verbitten sollten — dann könnte ja die Schützengilde aufgelöst werden, und die Deutschen würden auf eigene Faust eine solche gründen. Die Polen verlieren aber ihre Kaltblütigkeit nicht, wenigleich ihnen die Ohren von alledem schon schmerzen!

Aus Nr. 119 des Dziennik Kujawski (Znowrazlaw)
vom 28. Mai 1903:

Für die polnische Sprache.

Es wird uns mitgeteilt, daß der in der hiesigen Salzsäline beschäftigte Arbeiter A., welcher eine Frau und mehrere Kinder hat, der polnischen Sprache wegen plötzlich seine Stelle verloren habe. Man hat ihm gekündigt, und innerhalb 14 Tagen hat er die Arbeitsstätte zu verlassen. — Kommentare sind überflüssig.

Aus Nr. 124 des Dziennik Kujawski (Znowrazlaw)
vom 4. Juni 1903:

Die Entlassung eines polnischen Arbeiters.

Vor einigen Tagen brachten wir die Mitteilung über die traurige Tatsache, daß aus der hiesigen königlichen Salzsäline ein gewisser polnischer Arbeiter zur Strafe entlassen worden sei. Es ist das eine für unsre Verhältnisse überaus charakteristische Sache, und wir können sie deshalb nicht mit Stillschweigen übergehen. Wir müssen sie etwas näher betrachten.

Der ordentliche, nüchterne, biedere Arbeiter ist entlassen und seines Verdienstes beraubt worden — und wofür? Dafür, daß er das ungeheure Verbrechen

begangen und es gewagt hatte, zu einem seiner Mitarbeiter einige Worte polnisch zu sprechen. Es ist das an sich zwar keine so große Strafe, denn die Arbeit in der Saline ist schwer und der Lohn gering, denn er beträgt nicht mehr als 2 Mark pro Tag. Jener Arbeiter konnte indes nicht sofort Arbeit finden und ist nun gezwungen, seine Frau und fünf Kinder zu verlassen und in der Fremde sein Brot zu suchen. Das ist für ihn die empfindlichste Strafe.

Wir hatten Gelegenheit, den Armen in diesen Tagen zu sprechen, seinen herben Schmerz, seine Tränen zu sehen, die ihm mit Gewalt in die Augen treten — widerwillen ballte sich unsre Faust — vor unsren Augen standen in ihrer ganzen Strenge jene furchtbaren Worte: „vae victis!“ Wie schwer müssen wir doch für die Schuld unsrer Väter büßen, wie furchtbar drückt die Last der eisernen Hand unsrer Feinde auf uns.

Zwar gab uns der deutsche Kaiser gelegentlich seiner Anwesenheit in Posen die feierliche Versicherung, daß unsre polnische Sprache und unsre nationalen Eigentümlichkeiten gewahrt bleiben sollen. Doch was helfen uns die feierlichsten Versprechungen, was hilft es uns, daß jene Rede des Kaisers überall an die öffentlichen Gebäude, ja selbst an die gewöhnlichen Dorfschenken angebracht wurde — wenn wir tagtäglich sehen müssen, wie die preussischen Behörden, wie die Staatsbeamten sich dem Willen des Monarchen nicht fügen und Verbote erlassen, welche dem feierlichen Worte des Königs Hohn sprechen.

Und weshalb erlassen die Deutschen solche Verbote und legen auf die Nichtbeachtung desselben solch harte Strafen? Erachten sie es als Opposition, als Demonstration, wenn ein Arbeiter polnisch spricht? Es ist doch das ein einfacher, ungebildeter Mensch; er kann nicht gut deutsch sprechen; er vermag sich vielleicht nicht immer im Deutschen auszudrücken. Und soll man sich wundern, wenn er sich in der Muttersprache unterhält?

Es fällt ihm schwer, sich mit seinem Arbeitsgenossen in einer fremden Sprache zu unterhalten. Er hat stets mit ihm polnisch gesprochen, ist daran gewöhnt — und es erscheint ihm geradezu unnatürlich, mit demselben in einer anderen Sprache zu reden. Selbst jeder gebildete Pole, der sich in einer deutschen Gesellschaft befindet, spricht mit einem Landsmann, wenn er ihm einige Worte zu sagen hat, in seiner Muttersprache. Dasselbe tun gewiß auch die Deutschen aus reiner Gewohnheit — und es ist das ganz natürlich. Soll man sich über einen polnischen Arbeiter wundern und das umsomehr, als in unfrem Falle dieser Arbeiter nicht zuerst gesprochen, sondern auf eine polnische Frage polnisch geantwortet hat? Er konnte gar nicht anders antworten.

Wie soll man denn ein derartiges Verfahren eines Brotherrn, in diesem Falle das Verfahren der Verwaltung der königlichen Salzsalinen, nennen?

Denken etwa die Deutschen, daß sie durch solche Verbote die polnischen Arbeiter germanisieren werden? Wir können es nicht glauben, daß sie so naiv wären.

Unser Arbeiter wird noch nicht verdeutsch, wenn man ihn zwingt, alle Tage einige Stunden deutsch sprechen zu müssen. Im Gegenteil, sobald er nach Hause kommt, wird er mit um so größerer Freude polnisch sprechen und sich an den Klängen der Muttersprache ergötzen; diese wird ihm dadurch um so teurer.

Und welche mittelbaren Folgen wird das Aufdrängen der deutschen Kultur auf einen solchen Arbeiter, der das Schicksal eines Umherirrenden tragen muß, ausüben? Unsere Vorarbeiter der Kultur hätten auf den Schmerz jenes Arbeiters sehen sollen, den sie zum Umherirren gezwungen haben! Unzweifelhaft hätten

sie sich alsdann sagen müssen, daß, wenn dieser Mensch den Deutschen gegenüber bisher gleichgültig war, sie nunmehr selbst seinem Herzen Haß eingepflanzt haben, der ihn bis zu seinem Grabe nicht verlassen wird. Sie können alsdann seinen Kindern in der Schule von den Wohltaten der preussischen Kultur erzählen. Diese berühmte Kultur hat sich unter dem Zeichen der Trennung der Kinder von ihrem geliebten Vater mit unauslöschlichen Buchstaben in die Herzen der Kleinen eingeschrieben; Tränen, Betrübnis und Bangigkeit werden für ihre graden Gemüter eine überaus wirkungsvolle Illustration jener Kultur sein!

Verfahret nur weiter so, ihr Herren, und ihr werdet zwischen der Regierung und dem polnischen Volke eine Kluft bilden, die nichts auf der Welt zu überbrücken im stande sein wird. Ihr werdet durch diese kleinlichen und empfindlichen Strafen, durch diese Nadelftiche unser Volk selbst zum völligen, nationalen Selbstbewußtsein bringen. Wenn ihr uns so wohlgekommen seid — nun gut; dann aber saget euren Ministern, daß sie uns nicht von der großpolnischen Agitation, von der Agitation, welche durch die polnische Presse und Intelligenz betrieben werde, erzählen möchten! Ihr seid die allergrößten Agitatoren!

Wir sollten uns eigentlich über ein derartiges Verfahren der preussischen Beamten freuen und ihnen in der Weckung des polnischen Geistes nicht hinderlich sein. Wenn das nur nicht so empfindlich und schmerzlich wäre!

Wir hätten auch sicherlich in dieser Angelegenheit nicht das Wort ergriffen, wenn es sich hier nicht noch um eine Sache handeln würde. Es ist bekannt, daß, als im preussischen Abgeordnetenhaus die Angelegenheit betreffend das Verbot der polnischen Sprache in den fiskalischen Fabriken und Bergwerken berührt wurde, sich einer unserer Abgeordneten damals auf die Znawrazlawer Verhältnisse berief, indem er das in der hiesigen königlichen Salzsaline erlassene Verbot anführte. Der Regierungskommissar antwortete damals im Namen der Regierung, daß ein derartiges Verbot von oben herab nicht erlassen worden sei.

Wenn es so wäre, dann würde sich in unserem Falle um einen eigenmächtigen Akt der unteren Behörden handeln — und deshalb empfehlen wir die ganze Angelegenheit unsren Abgeordneten als Material für die nächsten Beratungen des Abgeordnetenhauses. Wir geben der Hoffnung Ausdruck und sind davon überzeugt, daß sich unsre Abgeordneten des armen Arbeiters, der nicht nur im Schweiß seines Angesichts um sein tägliches Brot arbeiten muß, sondern der auch Unannehmlichkeiten ausgesetzt ist, welche im zwanzigsten Jahrhundert, in dem man sich der hohen Zivilisation rühmt, nicht vorkommen dürften, annehmen werden!

Aus Nr. 128 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 7. Juni 1903:

Der Geistliche Beyer,

bisheriger Religionslehrer am Bergergymnasium und an der Realschule wurde am Anfang des Schuljahres an das Zersiber Gymnasium versetzt. Die Realschule hat bis jetzt an seine Stelle noch keinen Nachfolger erhalten und, soweit uns bekannt ist, wird in dieser Schule bis hent gar kein Religionsunterricht erteilt. Dies ist aber für die Schüler von um so größerem Nachteil, als schon im verflossenen Schuljahre die Religionsstunden, wenigstens in den unteren Klassen, ein ganzes Vierteljahr hindurch infolge einer Urlaubsreise des Geistlichen Beyer ausfallen mußten.

Aus Nr. 130 des Wielkopolanin (Posen)
vom 10. Juni 1903:

P o s e n .

Wie verfährt man mit dem Religionsunterricht im Berger'schen Gymnasium?

Im vorigen Jahre fand während der Beurlaubung des Religionslehrers, Geistlichen Beyer, ein Vierteljahr lang kein Religionsunterricht statt. Nachdem nun der Geistliche Beyer mit dem Beginn des neuen Schuljahres an das Zerstörte Gymnasium versetzt worden ist, findet im Realgymnasium wiederum kein Religionsunterricht statt.

Wir machen wiederholt auf diesen Übelstand aufmerksam.

Aus Nr. 130 des Wielkopolanin (Posen)
vom 10. Juni 1903:

Kirchenvorstandsangelegenheiten.

Die Kirchenabteilung der Bromberger Regierung hat in den letzten Tagen Schritte unternommen, um an den Kirchen, welche unter fiskalischem Patronat stehen, Vertreter zu bestellen, die dem Kirchenvorstande als Mitglieder beizutreten hätten. Die Kirchenvorstände werden aufgefordert, diesen Versuchen energisch entgegenzutreten und die Vertreter der Regierung in ihre Mitte nicht aufzunehmen.

Dem Patron steht nach § 39 des Gesetzes über die Verwaltung des Kirchenvermögens wohl das Recht zu, einen Vertreter zu ernennen, aber nur in dem Falle, wo ihm dieses Recht schon vor Erlaß dieses Gesetzes zugestanden hat; wenn also der Patron bis dahin und besonders bis zum Erlaß des Gesetzes dieses Recht nicht gehabt hat, dann steht es ihm heute auch nicht zu.

Wer in dieser Angelegenheit irgend einen Zweifel hat, der möge sich an uns wenden und wir werden ihn bereitwillig über die Gesetze, auf Grund deren man sich dagegen wehren kann, belehren.

Aus Nr. 131 des Kuryer Poznański (Posen)
vom 11. Juni 1903:

A u s D o l z i g .

... Hier hat am 14. des verflossenen Monats die Einweihung des hauptsächlich auf Kosten des Gustav-Adolf-Vereins erbauten lutherischen Gotteshauses stattgefunden. Zu dieser Feier waren gar 8 Pastoren erschienen, darunter die Superintenden ten aus Berlin und aus Posen.

Einer der Pastoren soll, wie hier die deutschen lutherischen Ansiedler erzählen, gelegentlich der Einweihung der Kirche eine Rede gehalten haben, in welcher er sie aufforderte, heiß zu beten, „daß bei den Katholiken der Götzendienst aufhöre“. Solcher Waffe bedienen sich heut die Andersgläubigen der katholischen Kirche gegenüber.

Ich weiß nicht, aus welchem Grunde jenen Pastoren die Inschrift auf der Kirchhofspforte der hiesigen Pfarrkirche: „Kommt, neigen wir uns vor dem Herrn!“ mißfallen hat. Vielleicht deshalb, weil sie polnisch war?

Für die hiesige Kirche sind auch zwei Glocken beschafft worden, von denen die eine die Inschrift aufweist:

„Am deutschen Wesen
„Möge die Welt genesen!“

Aus Nr. 123 des Lech (Gnesen)
vom 3. Juni 1903:

Wunderbare Verhältnisse.

In dem nahegelegenen Barciszewo ist der Lehrer, Herr Politycki, krank; als Vertreter sandte man ihm aus Rogowo den Lehrer Herrn Kłaskota, einen Oberschlesier, der sich „Kłaskota“ schreibt. Dieser Herr K erklärte seinen Behörden gegenüber, daß er des Polnischen nicht mächtig sei, weshalb daselbst der Religionsunterricht in polnischer Sprache v o n d e n S c h u l l e n d e r n erteilt wird. Aus verschiedenen Gegenden werden uns die auf dem Gebiete des Schulwesens herrschenden traurigen Verhältnisse geschildert, die wir indes hier nicht veröffentlichen können, weil wir mit dem Strafgesetze nicht in Konflikt geraten wollen; aber alle diese Sachen deuten darauf hin, daß der Verfasser des Werchens „Der Teufel in der Schule“ den Stoff zu dieser Erzählung nicht seiner Phantasie, sondern der Wirklichkeit entnommen hat. Es sind das für einen Laien, der auf dem Gebiete des Schulwesens unbekannt ist und der von den Schulverhältnissen — namentlich von denen des Großherzogtums — keine Vorstellung hat, Sachen geringfügiger Art, ein Fachmann, Pädagoge, erzieht daraus, worauf diese Kleinigkeiten berechnet sind.

Aus Nr. 127 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 6. Juni 1903:

Schulangelegenheit.

S c h r o d a , 4. Juni.

Bereits vor einigen Monaten haben wir mitgeteilt, daß der polnische Schreibleseunterricht aus dem Lehrplan der hiesigen katholischen Schule vollständig gestrichen worden ist. Es hat dies der Rektor der katholischen Schule entweder selbst oder im Auftrage des Kreisschulinspektors getan, obgleich der Minister, wie wir wissen, die hinsichtlich der Erteilung des polnischen Schreibleseunterrichts erlassene Verfügung bisher nicht zurückgezogen hat. Ob der Abgeordnete Pfarrer Dr. v. Jazdzewski, welcher auch Mitglied des Schulvorstands ist, die Sache schon beim Minister zur Sprache gebracht hat, wissen wir nicht. Wir wissen nur, daß das Mitglied des Schulvorstandes Herr Derengowski diese Sache vor einigen Monaten in einer Schulvorstandssitzung zur Sprache gebracht hat, in welcher jedoch Pfarrer Dr. v. Jazdzewski nicht zugegen war. Der Kreisschulinspektor erwiderte Herrn D., er werde die Sache entsprechend dem Wunsche des Schulvorstands erledigen. Indes sind schon einige Monate verflossen, es ist aber alles beim alten geblieben — polnischer Sprachunterricht wird nicht erteilt. Der Kreisschulinspektor ist, nachdem er in dieser Sache nichts getan, zum 1. Juni nach Danzig, wohin er versetzt worden war, verzogen.

Nochmals werden wir uns an den Abgeordneten Dr. v. Jazdzewski mit der Bitte, sich der Sache anzunehmen. Wenn uns Unrecht geschieht, sollten wir nicht schweigen.

Aus Nr. 129 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 9. Juni 1903:

Wir erhalten nachstehendes Schreiben:

S c h r o d a , den 6. Juni.

Geehrte Redaktion!

In Nr. 127 des Dziennik Poznański vom heutigen Tage befindet sich eine Korrespondenz von hier,

deren Verfasser, der mit den hiesigen Schulverhältnissen absolut nicht vertraut ist, mich — wie er sagt, wiederholt — auffordert, mich der Angelegenheit des polnischen Sprachunterrichts in der hiesigen Schule anzunehmen.

Darauf erwidere ich, daß auf Grund des bekannten Ministerialerlasses vom 16. März 1864(?) der fakultative polnische Sprachunterricht nur in denjenigen Schulen des Großherzogtums zugelassen worden ist für polnische Kinder, die in der Oberstufe Religionsunterricht in der Muttersprache erhalten. Da in der hiesigen Schule ungeachtet meines sehr energischen Protestes und einer an das Ministerium gerichteten Beschwerde die Posenener Regierung vor einigen Jahren in der I. und II. Klasse Religionsunterricht in deutscher Sprache eingeführt hat, so hat der erwähnte Ministerialerlaß hier seine Anwendung eingebüßt und daher würde eine weitere Intervention meinerseits keinen Zweck haben.

Mit Achtung und Wertschätzung

Pfarrer v. Szadzewski.

NB. Mit Recht deckt sich der Herr Prälat mit dem, was er schon getan hat; möge uns aber gestattet sein, zu bemerken, daß es gilt, auch ohne Aussicht auf Erfolg von neuem und ohne Aufhören immer von einem anderen Gesichtspunkte aus anzuklopfen, denn einst wird man sagen: „Ihr habt euch mit dem faktischen Tatbestande zufrieden gegeben, mithin hatten wir keinen Anlaß, an eine Abänderung zu denken. (Non vi sed saepe cadendo.)“

Aus Nr. 130 des Wielkopolanin (Posen)

vom 10. Juni 1903:

Korrespondenz.

Aus der Provinz wird uns mitgeteilt:

Ich habe erfahren, daß in letzter Zeit verschiedene Kreis Schulinspektoren alljährlich Vergnügen verbunden mit Theatervorstellungen veranstalten. An diesen Vergnügen sollen selbstverständlich nicht nur die Lehrer, sondern auch ihre Frauen und Töchter teilnehmen. Die Lehrer müssen diese Vergnügen besuchen, um sich ihrem Vorgesetzten gegenüber nicht bloßzustellen. Indessen nimmt ein gewisser Kreis Schulinspektor keine Rücksicht auf die Katholiken, indem z. B. wie mir bekannt ist, in einem Bezirke ein Kreis Schulinspektor seit 2 oder 3 Jahren ähnliche Vergnügen am Mittwoch vor dem Fronleichnamstage veranstaltet. Die Katholiken amüsierten sich also an diesem Tage bis zur Mitternacht; dann kehren sie ermüdet nach Hause zurück und kommen oft in die Versuchung, den Besuch des Gottesdienstes am Fronleichnamstage zu unterlassen. Es kann auch vorkommen, daß dieser oder jener Lehrer aus feinem (des Kreis Schulinspektors — Ann. d. Übers.) Bezirk gleichzeitig Organistendienst zu verrichten hat. Und da am Mittwoch vor dem Fronleichnamstage Vesperandacht stattfindet — ist der Lehrer also bereit, die Vesperandacht zu vernachlässigen.

Die vorstehende Korrespondenz stellen wir der Erwägung den interessierten Kreisen anheim.

Aus Nr. 128 des Wielkopolanin (Posen)

vom 7. Juni 1903:

Schulangelegenheiten.

Wir erhalten nachstehende Mitteilung:

Die Wirte der Tomicer Pfarochie befinden sich in einer unangenehmen und schwierigen Lage. Die älteren Kinder besuchen von 7 bis 12 Uhr Vormittags

die Schule, während dessen die Kühe im Stalle brüllen und niemand da ist, der sie auf die Weide triebe; auch gibt es weder Winter- noch Sommerfutter, denn die Wirte, welche nur je 38 Morgen Acker besitzen, bebauen ihn vollständig. Den Hütetungen zahlen sie jährlich je 50 Mark Lohn, während die Kinder in der Schule sitzen müssen, um die deutsche Sprache zu lernen.

Außerdem läßt ein Lehrer, welcher aus uns wohlbekannten Gründen beim Unterrichten der deutschen Sprache außergewöhnlich eifrig ist, die Kinder, welche ein polnisches Wort gesprochen haben, in deutscher Sprache den Satz: „wir sollen überall nur deutsch sprechen“ 2 bis 300 mal niederschreiben. —

Es ist selbstverständlich, daß die armen Kinder, welche in solchen Fällen oftmals bis 11 oder 12 Uhr in der Nacht sitzen und schlafmieren müssen; sich nicht genügend ausruhen können.

Die Wirte haben an den Herrn Schulinspektor geschrieben und ihn in der artigsten Weise gebeten, eine Hüteschule einzurichten und den älteren Knaben, sowie Mädchen zu gestatten, die Schule von 11 Uhr Vormittags bis 2 Uhr Nachmittags zu besuchen, aber es war erfolglos.

Es ist schon so weit, daß die geplagten Wirte aus der ganzen Umgegend beinahe aus Verzweiflung ihre Wirtschaften verkaufen würden.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 68 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)

vom 6. Juni 1903:

Die Politik der Zentrumspartheiler.

Die Herren Zentrumspartheiler lieben es, ihre Klugheit in der Politikführung zu loben und uns Polen machen sie zum Vorwurf, daß wir von der Politik absolut nichts verständen. Daß wir bisher keine außergewöhnliche Gewandtheit in der Politikführung an den Tag gelegt haben, ist leider, wie wir zugestehen müssen, zum Teil wahr. Aber das ist für uns keine Schande; denn es ist doch eine bekannte Tatsache, daß heute derjenige der beste Politiker ist, welcher am meisten andere zu betrügen und auszunutzen versteht und wer am meisten schwindeln sowie rücksichtslos sein kann. Wir besitzen diese Fähigkeiten nicht und daher ist es auch kein Wunder, daß die Zentrumspartheiler mit einem gewissen Bedauern auf uns herabblicken. Wir blicken wiederum auf sie mit Bedauern herab, weil sie solche gute Politiker sind.

Es wäre vielleicht doch gut, wenn wir etwas von der Politik des Zentrums lernten, damit wir nicht immer die Unwissenden blieben. Lasset uns nur das Verhalten der Zentrumspartheiler in Wahlangelegenheiten näher betrachten. Von unseren Brüdern in Schloßien und in der Fremde fordern sie durchaus, daß sie für einen Zentrumsabgeordneten stimmen sollen. Und aus welchem Grunde? Nur deshalb, weil sie es so haben wollen; denn sie sind Katholiken und die Polen sind ebenfalls Katholiken, folglich müssen sie von den Polen-Katholiken unterstützt werden! Diese Logik hört sich ja ganz schön an, doch besteht darin ein großer Unterschied. Zuerst muß konstatiert werden, daß die überaus große Mehrheit der Wähler in Oberschlesien aus Polen besteht; und in der Fremde besteht wiederum der Unterschied, daß die Herren Zentrumspartheiler wohl die polnischen Stimmen haben, aber von den berechtigten Forderungen der Wähler nichts wissen wollen. Und wo stimmen

wohl die Zentrumspartheiler für einen Polen, wenn sie ohne fremde Hilfe einen Zentrumskandidaten wählen können? Nirgends! Und wo geben die Zentrumspartheiler beim ersten Wahlgange blindlings ihre Wahlzettel für einen Polen ab? Nirgends! Aus welchem Grunde sollten denn die Polen das tun, was die Zentrumspartheiler nicht tun wollen? Etwa vielleicht deshalb, weil es die Polen tun müssen und die Zentrumspartheiler hätten es nicht nötig. Eine schöne Auslegung, nicht wahr?

Die Polen sollen die Zentrumspartheiler unterstützen, damit ein katholischer Abgeordneter gewählt werde! Das ist ja schön, aber fragen wir uns, was machen die Herren Zentrumspartheiler in solchen Wahlkreisen, in welchen die Wahl eines katholischen Abgeordneten ungewiß, oder sogar bedroht ist? Ob sie in solchen Fällen als Katholiken wohl ihre Wahlzettel für einen katholischen Polen abgeben? Sie denken im Traume nicht daran! Sie stimmen ruhig für ihren eigenen Zentrumskandidaten und kümmern sich wenig darum, ob infolgedessen dieser Wahlkreis in die Hände irgend eines Feindes der katholischen Kirche gelangt. So haben sie z. B. jetzt in allen Wahlkreisen Westpreußens sowie in einigen Wahlkreisen Posen ihre Zentrumskandidaten aufgestellt. Das hat zu bedeuten, daß sie sich gleichzeitig mit den Liberalen, Freisinnigen und anderen „Landsmännern“ in den Kampf gegen die katholischen Polen stellen. Das ist ihre Politik!

Doch gibt es verschiedene unter uns, welche diese Politik nicht begreifen können und von unseren Brüdern in Schlesien und in der Fremde fordern, daß sie als Katholiken für die Zentrumskandidaten stimmen sollen. Laßt uns doch endlich einmal etwas Politik lernen! Wir brauchen ja nicht gleich Schwindler, Betrüger und Ausbeuter zu werden, denn davor schauern wir zurück, aber wir können und müssen von den Zentrumspartheilern etwas *Klugsicht* lernen! Unsere Brüder in der Fremde und in Oberschlesien sind in dieser Beziehung schon etwas schlauer geworden, doch wir hier im Vaterlande sind schwer von Begriff.

Seien wir also gegen die Zentrumspartheiler ebenso rücksichtslos, als sie es gegen uns sind und laßt uns das deutsche Sprichwort lernen: „Zuerst wir, dann wiederum wir, dann noch einmal wir, dann umsomehr und überhaupt sowie überall wir und immer wir.“ Und die anderen mögen selbst zusehen, wie sie sich helfen! Wenn wir erst das gelernt haben werden, dann werden die Zentrumspartheiler nicht mehr sagen, daß wir so wenig Ahnung von der Politik hätten. Sie werden ja wohl über uns die Nase rümpfen, aber das schadet nichts, es wird vielmehr ein Beweis dafür sein, daß sie uns anfangen zu achten; denn bisher haben sie nur über unsere Gutmütigkeit und Unwissenheit gespottet

Aus Nr. 68 der Gazeta Gdańska (Danzig)

vom 6. Juni 1903:

Eine größere Opferwilligkeit

unserer Gesamtheit in Westpreußen für politische und nationale Zwecke ist durchaus notwendig. Die Wahlen rücken immer näher, für die verschiedenen Druckfachen ist Geld erforderlich, um eine erfolgreiche Agitation durchzuführen. Die Kassen sind indessen leer, weil niemand Beiträge für die Wahlen spendet. Wenn wir auch arm sind, so könnte und sollte doch jeder für diesen Zweck einige Groschen spenden.

Ebenso verhält es sich mit den Beiträgen für den Verein für Unterrichtshilfe. Im Kreise Tuchel sind kaum 40 Mark zusammengebracht worden, während in anderen Kreisen nahezu an 600 Mark gesammelt worden sind. Nur von unserer eigenen Kraft hängt unsere Zukunft ab; wenn wir so bleiben wie bisher, so werden wir mit unserer Selbsthilfe nicht weit kommen. In der Ausbildung unserer Jugend haben wir unsere Zukunft zu suchen.

Die preussische Regierung weiß recht gut, daß das polnische Volk den Einflüssen der Germanisierung unterliegen muß, wenn es ihm an guten und tüchtigen Führern fehlt. Aus diesem Grunde erschwert die Regierung die Ausbildung unserer Nachkommenschaft auch in so ungeheurer Weise, sie entfernt die Jugend aus den Gymnasien und wendet überhaupt alle Mittel an, um unsere Intelligenz zu verringern. Tun wir wenigstens das, was wir in dieser Beziehung zu tun im Stande sind und spenden wir reichlich Beiträge für unsere Jugend, damit sie wenigstens in der Zeit, in welcher ihr auf Schritt und Tritt Schwierigkeiten gemacht werden, keine Sorge um ihren Unterhalt hätte und damit sie in ihrer Ausbildung keine Störung erlitt.

Aus Nr. 126 der Gazeta Toruńska (Thorn)

vom 5. Juni 1903:

Bauk und Zwist im eigenen Lager.

Zwischen der Gazeta Grudzińska und dem Bielgrzym tobt wiederum eine Polemik. Um was handelt es sich beiden Blättern? Dem Bielgrzym hat jemand aus Karzyn geschrieben, die Gazeta Grudzińska solle ihren Verleger von den Vorwürfen reinigen, welche Pfarrer Rujot ihm in seiner bekannten Broschüre gemacht habe.

Die Gazeta Grudzińska antwortet, das habe bereits die höchste Wahlbehörde getan, indem sie Herrn Rulerski als würdig befunden habe, das Amt eines Abgeordneten zu verwalten, und sie wirft dem Bielgrzym vor, er schade absichtlich der Kandidatur Rulerski.

Der Bielgrzym antwortet darauf in seiner neuesten Nummer in einem vom Pfarrer Dr. Nefke als von seinem Redakteur unterschriebenen Artikel. In letzterem wird der Gazeta Grudzińska übler Wille vorgeworfen. Pfarrer Dr. Nefke betont auch eingangs, er denke nicht daran, auf die Angriffe der Gazeta Grudzińska zu antworten; er veröffentlicht nur den Brief einer Witwe, welche angeblich nach dem durch einen Unfall herbeigeführten Tode ihres Mannes, eines Abbonnenten der Gazeta Grudzińska, die von dem Blatte verheißene Unterstützung in Höhe von 150 Mark nicht erhalten hat. Pfarrer Dr. Nefke sagt, über einen gleichen Fall des Nichtauszahlens der versprochenen 150 Mark beschwerte sich auch eine andere Witwe aus Gzetsk.

Uns will es dünken, daß diese Sachen, selbst wenn das alles, was beide Zeitungen anführen, wichtig und interessant ist, nicht sehr leiden würden, wenn man sie bis nach den Wahlen verschöbe. Mögen dann beide Blätter der Bielgrzym und die Gazeta Grudzińska sich gegenseitig so befehlen, als ihre Seelen es in ihrem Hahneneifer wollen. Wenn sie sich ordentlich werden gezaußt haben, wird zwischen ihnen Eintracht herrschen, und wer weiß, was dann noch folgen wird?!

Zunächst bedürfen wir der Eintracht, besonders in der Zeit vor der Wahl.

Aus Nr. 67 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 4. Juni 1903:

Jahresbericht der Baugenossenschaft „Bazar“ in Graudenz für 1902.

Die Bilanz der Baugenossenschaft „Bazar“ für
1902 stellt sich wie folgt:

Passiva:

Eingezahlte Anteile	16 966,45	Mt
Reservefonds	1 523,52	"
Spezialreserve	354,86	"

Aktiva:

Vorschüsse auf Gebäude	10 687,20	Mt
Bankdepotiten	7 141,10	"
Zinsen der Depotiten für 1902	357,05	"
in bar	12,45	"
Verlustkonto	648,88	"

Die Verluste sind infolge einer Verfügung des Magistrats entstanden, welche die Anlegung von Wasserleitungen und die Reparatur eines Hauses anordnete. Trotzdem die Reservefonds eine bedeutend größere Summe aufweisen, als die Verluste ausmachen, ist beschlossen worden, letztere nicht wie vorgesehen aus den Reservefonds zu decken, sondern sie auf das künftige Jahr zu übertragen, denn es sind Aussichten vorhanden, daß bei dem Verkaufe der 5100 □ m großen Baustelle, welche der „Bazar“ in der Lindenstraße besitzt, nicht nur der Verlust gedeckt werde, sondern noch eine Dividende wird gezahlt werden können. Die Wohnungen im Bazar-Hause, sowie das dazugehörige Land und der Garten sind vermietet bzw. verpachtet und bringen soviel ein, daß alle Hypothekenzinsen gedeckt werden können. Weil der „Bazar“ den Schauffensens sogar im Prozeßwege nicht hat erlangen können, mußte der Gedanke, ein eigenes Gasthaus zu bauen, fallen gelassen werden und es wird nun zum Verkauf des Grundstücks geschritten werden müssen, was sich im Laufe des Jahres unzweifelhaft ermöglichen lassen wird. Sodann wird die Generalversammlung über das Schicksal des „Bazars“ weiter entscheiden.

Mit Bedauern muß konstatiert werden, daß zur Zeit nur ein Teil und zwar die weniger bemittelten Mitglieder Zahlungen auf ihre Anteile leisten, während die bemittelteren Mitglieder gleichgültig geworden sind und anscheinend diese so brennende Angelegenheit vollständig vergessen haben. Der Vorstand richtet daher die dringende Bitte an die Beteiligten, die restierenden Beiträge so schnell wie möglich einzuzahlen und neue Anteile zu nehmen.

Der Vorstand des „Bazars“.

L. Zawacki. L. Sterz. J. Marchlewski.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 128 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 7. Juni 1903:

Zerfall.

Was von der sog. „oberschlesischen Bewegung“ zu erwarten ist, kann aus der ärgerniserregenden zwischen Herrn Korfanti und Kowalczyk, zwei Redakteuren des Gornosloneczak, geführten Polemik gefolgert werden. Wir erwähnen dies nur deswegen, damit man sich nicht bei uns über den ausgezeichneten Stand der oberschlesischen Wahlangelegenheit täusche. In das Lager also, welches gern die Arbeit des Katolik vernichten möchte, hat sich schon

das Gift der Mißgunst und des Widerwillens unter den führenden Persönlichkeiten hineingestohlen. Anstatt selbständig zu wirken, wollen sie einander aus den einträglichen Stellungen verdrängen. Damit werden sich diese in jeder Hinsicht unweisen Leute kein Vertrauen erwerben.

Aus Nr. 129 des Gornoslazak (Rattowig)
vom 9. Juni 1903:

Berun, Kr. Pleß.

Der geehrten Redaktion teile ich den Inhalt eines Gespräches mit, das ich mit unserem ehrwürdigen Propst im Beichtstuhle gehabt habe. Nach den Feiertagen bin ich zur heiligen Beichte gewesen. Nach der Beichte fragte mich der Geistliche: „Halten Sie denn den Gornosloneczak?“ „Gewiß“, antwortete ich. „Nicht nur daß ich ihn abonniere, sondern ich habe auch eine Agentur des Gornosloneczak.“ „Nun, sehen Sie, was für eine große Sünde Sie begehen.“ „Aber das ist doch ein polnisch-katholisches Blatt, ich habe darin nichts gefunden, das unserer Religion widersprechen würde.“ „Nun so kommen Sie gleich nach der Propstei, so werde ich Ihnen solche Nummern des Gornosloneczak zeigen.“

Nach Beendigung der Beichte ging ich nach der Propstei. Der Geistliche reicht mir einen Stuhl, damit ich mich setzen solle, worauf ich ihm aber antwortete, daß Könige und Fürsten vor Geistlichen standen und sie diese sich setzen ließen, so lehre uns die Geschichte der Heiligen. Der Geistliche lachte hierüber, worauf er aus dem Gornosloneczak vorlas, wie sich der „Beuthener Großvater“ mit der „ehrwürdigen Dame“ aus Königsbütte vermählt, 1. Aufgebot, wie sich ein gewisser Geistlicher mit der „Rattowiblerin“ vermählt, 2. Aufgebot, usw. Als dann sagte der Herr Propst: „Sehen Sie, was für Schmähungen, daß sich darin die Geistlichen vermählen!“ „Lieber Propst“, antwortete ich hierauf, „der Herr Propst Rassek hat hieran sehr viel Schuld, weil er eine Broschüre über die Polen geschrieben hat, wonach für die polnischen Kinder der deutsche Unterricht sehr von Vorteil sein soll. Ich bin bereits 45 Jahre alt, und wäre noch sehr gut im Stande, aus dem alten und neuen Testament die heilige Geschichte auswendig herzusagen. Ich habe zwei Söhne, im zwanzigsten und im sechzehnten Jahre, die vor kurzem die Schule verlassen haben, die aber bei der jetzigen Bismarckschen Kultur nichts wissen. Die Geistlichen leisten somit diesen spannenden Verhältnissen Vorschub.“ Ferner sagte ich dem Geistlichen, daß das Volk über die deutsche Predigt, die der Geistliche nach dem Evangelium während der heiligen Messe hielt, sehr unzufrieden sei. Der Geistliche versprach dies zu ändern. Weiterhin fragte ich ihn wegen unser Kirchenfahne, die die deutsche Aufschrift „Alt-Berun“ trage, worauf er mir antwortete, daß dies durch ein Versehen der Firma, die die Fahne geliefert habe, gekommen sei und daß er dafür nichts könne. Als dann lenkte sich die weitere Unterhaltung dem Gornosloneczak zu. „Nun, welche Einnahme haben Sie aus dem Gornosloneczak,“ fragte mich der Geistliche. „Nun so viel, wie ich durch ihn an Stiefeln zerreiße und wenn die Leute mir das Abonnement bringen, so verwende ich den mir zufallenden Betrag für Porto zur Übersendung des Geldes.“ „Nun sehen Sie, so haben Sie hieraus nur noch Schaden.“ „Geehrter Herr Propst, das ist eine nationale Sache, daraus kann man keine Vorteile ziehen. Nur die haben aus der nationalen Sache einen Gewinn erzielt, die Polen dem Feinde ausverkauft haben.“

Der Geistliche nahm alsdann eine zweite Nummer des Gornosloneczak und liest die Stelle vor, wonach nicht „Dajezland“, sondern Polen unser Vaterland sei, und meint dazu: „Wo ist dieses Polen, bei uns, in Österreich oder in Rußland?“ „Ehrwürdiger Geistlicher“, antwortete ich, „wir Polen stellen Polen dar, wenn auch unser Land verschiedenen Herrschern dienen muß. Oberschlesien hat schon den Czechen, Österreichern und Preußen gedient und doch ist es polnisches Land geblieben.“ Der Geistliche: „Die Nationalität kann uns nicht selig machen, sondern Glauben und Nationalität sind uns erforderlich.“ Ich antwortete: „Was ist mit Breslau geschehen? So lange die Leute dort Polen waren, waren sie auch gute Katholiken, seitdem sie aber die Muttersprache abgelegt haben, haben sie nicht ein Kreuz an den Scheidewegen.“ Der Geistliche antwortete: „Na, wir werden ja sehen, was die polnischen Abgeordneten in Berlin Gutes schaffen werden.“ „Und wenn sie nichts schaffen“, antwortete ich, „aber sie verlangen nicht, daß wir ins Gesicht geschlagen werden.“ Der Geistliche: „Das ist nicht wahr, was darüber geschrieben wird.“ „D, das ist wahr“ sage ich, „denn so ein Graf Ballesstrem würde sich sonst die Verbreitung des Gerüchtes nicht gefallen lassen.“

Der Geistliche nahm eine dritte Nummer des Gornosloneczak und liest: „Sie spielen, trompeten und schlagen die Trommeln usw. Sehen Sie, was das für eine Schmähung ist!“ „Der Herr Propst sind ebenfalls im Kriegerverein und ich weiß, daß der Herr Propst sich auf ein Pferd nicht setzen würden.“ Der Geistliche: „Das können Sie wissen, daß ich mich auf ein Pferd nicht setzen werde.“ Der Geistliche weiter: „Aber die Zentrums-Abgeordneten, ist es um sie nicht schade, wie haben sie unseren heiligen Glauben verteidigt?“ „Aber verstehen denn die Polen“ so antwortete ich, „nicht auch unseren heiligen Glauben zu verteidigen, haben denn die Polen nicht seit Jahrhunderten unseren heiligen Glauben verteidigt, war das nicht unser polnischer König Johann Sobieski, der ihn verteidigt hat? Wir und ganz Europa würden heute Türken sein, wenn nicht er gewesen wäre.“ Der Geistliche: „Aber wir haben doch den Treueid geleistet, so müssen wir doch unseren Monarchen und unser Vaterland ehren; aber der Gornosloneczak schreibt anstatt von Vaterland von Futterland.“ Ich antwortete: „Ist das nicht grausam, wenn der Staat uns so stiefmütterlich behandelt? Als ich in Krakau war, habe ich dort wirklichen Staatschutz gesehen, und diese von den polnischen Königen erbauten Kirchen; aber als ich nach Breslau kam, habe ich weinen müssen, wie ich die Elisabeth-, Magdalenen- und viele andere Kirchen gesehen habe: Und wer regiert heute in diesen Kirchen? Lutheraner und Deutschkatholiken habe ich in diesen Kirchen gesehen, die am Freitag Fleisch gegessen haben ohne Angst gehabt zu haben, daß ihnen der Hals anschwilt; auch habe ich Geistliche mit den heiligen Sakramenten zu Kranken gehen sehen und nicht ein einziger Deutscher hat ein Knie gebeugt. Ist denn bei uns Polen jemals so etwas vorgekommen?“

„Und wie ist das mit dem Gornosloneczak, von dem wollen Sie nicht lassen?“ „O Herr Propst! Niemals, niemals! So ein aufrichtiges und offenes Blatt, wie der Gornosloneczak ist, haben wir hier noch nicht gehabt.“ „So geben Sie die Agentur ab“, antwortete der Geistliche, „möge ein jeder den Gornosloneczak durch die Post beziehen. Sie besitzen eine Wirtschaft, so haben Sie doch für die Agentur keine Zeit!“ „Nun, ich habe aber zwei Söhne, die sich nicht fürchten, den Pflug in die Hand zu nehmen;

eine Agentur ist hier aber erforderlich, denn die hiesigen Bewohner leben von der Landwirtschaft und haben keine Zeit, Mittags um 2 Uhr zur Post zu gehen!“ So schlossen wir unsere Politik. Ich küßte dem Geistlichen die Hand — und ging mit Gott von dannen. Wir sehen ganz klar, welcher Art unsere Geistlichen sind!

Vaterlandzista (Pseudonym).

Was sagen die deutschen Geistlichen hierzu? Werden sie noch behaupten, daß der Gornosloneczak die Würde der Geistlichkeit zu untergraben sucht? Unser Korrespondent hat dem Geistlichen die einer geistlichen Person gebührende Ehre zu teil werden lassen, obgleich er in politischer Hinsicht bei seiner Meinung geblieben ist.

Wir haben unseren Lesern auch niemals etwas anderes empfohlen, als daß sie ihre Geistlichen ehren, aber daß sie sich nicht für die deutsche Seite gewinnen lassen sollen. Diejenigen Geistlichen, die für das Zentrum agitieren, verteidigen nicht die katholische, sondern die deutsche Sache, und zur Erlangung dieses dannen. Wir sehen ganz klar, welcher Art unsere als ob wir keine Katholiken wären.

Aus dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 131 des Dziennik Berlinski (Berlin)

vom 11. Juni 1903:

Der Hirtenbrief des Fürstbischofs Kopp.

hat, wie das Berl. Tagebl. feststellt, in Oberschlesien allgemein Aufregung hervorgerufen, aber auch hier in Berlin, in Charlottenburg und in den Nachbarorten, woselbst er gleichfalls von den Kanzeln der Kirchen, die von den Polen besucht werden, statt der Predigt verlesen wurde.

Gestern und heute kamen auch Leute zu uns, die unter den Landsleuten als fanatische Katholiken und Anhänger der Geistlichkeit bekannt sind. Sie waren über das, was sie in der Kirche gehört hatten, so erbittert, daß sie von uns verlangten, wir sollten die Vermittlung übernehmen zwecks Einberufung einer Versammlung, in welcher gegen die einem gewissen Teile der polnischkatholischen Presse und deren Lesern gemachten schweren Vorwürfe protestiert werden soll. Diesem Verlangen wird natürlich Genüge geschehen. In der Versammlung wird der Standpunkt aufgeklärt werden, den die zu der Breslauer Diözese gehörenden Polen dem Zentrum gegenüber einnehmen, das sich mit der katholischen Kirche beständig identifiziert. Da aber der Hirtenbrief wie eine Bombe in die Wahlzeit gefallen ist und da er von den Feinden des polnischen Elements schon ausgenützt worden ist und ausgenützt werden wird bis zum Schluß der Wahlen weniger den Sozialisten, als uns, als den polnischen Kandidaten gegenüber, denen man Zentrums-kandidaten entgegengestellt hat, darum müssen wir heute schon einige Worte auf einzelne grellere Absätze des unglücklichen, sehr unglücklichen „Hirtenbriefes“ des Fürstbischofs Kopp antworten. Wir stellen vor allem fest, daß sein kleinster Teil gegen die Sozialisten sich richtet, die jetzt eine besonders eifrige Agitation in Oberschlesien entfalten; drei Viertel des Briefes sind gegen die national-polnische Presse und am Ende dieses Passus gegen den Gornosloneczak gerichtet. Der Fürstbischof zitiert aus diesem Blatte Sätze, welche in diesem Zusammenhang nicht Aufnahme gefunden haben können, und welche ihm augenscheinlich durch falsche Ratgeber untergeschoben worden sind. Das Blatt

hat nur von geistlichen Germanisatoren geschrieben, welche, ihre eigentliche Mission vergessend, in den Sold der Regierungsfaktoren getreten und Werkzeuge der Germanisierung geworden sind, welche Kanzel und Beichtstuhl zu politischen Zwecken ausnützen. Der Herr Bischof Kopp wird doch wohl selbst nicht bestreiten, daß solche Geistliche existieren, und daß sie damit Karriere machen. Die Feststellung solcher Tatsachen ist eigentlich Pflicht eines jeden rechtschaffenen Bürgers, und wir zweifeln nicht daran, daß Fürstbischof Kopp selbst wohl Leute verachtet, die sich zu Schutzpußern des jeweiligen Regierungssystems hergeben.

Wir werden fürs Erste nicht mit Namen dienen, die Pflicht gebietet uns aber, folgende drei Sachen aus dem „Hirtenbriefe“ des Fürstbischofs Kopp festzustellen: Der Passus in dem Hirtenbriefe über Religion und Nationalität, über Sprache und Nationalgefühl läuft direkt dem nationalen Katechismus zuwider, welcher von der jetzigen eigentlichen Regierung, von den Sakatisten als Nebenregierung und von den neuerdings für die antipolnische Aktion gewonnenen katholischen Sakatisten bekannt wird. Sie stellen die Germanisierungs-idee höher als die Sache der Religion; für diese Faktoren sind die Worte des Fürstbischofs Kopp, daß Sprache und Nationalgefühl nicht die höchsten Güter der Menschheit seien, absolut nicht maßgebend. Für diese Faktoren gibt es überhaupt keine höheren geistigen Güter. Sie richten sich überwiegend nach dem Winde, der von oben her weht, während für den polnischen Arbeiter und Handwerker das höchste Gut sein katholischer Glaube und seine polnische Nationalität sind. Diese Anponderabilien im Leben des einfachen polnischen Mannes scheint der gegenwärtige Fürstbischof von Breslau gar nicht zu verstehen noch zu empfinden. Zweitens ist für den katholischen Polen schmerzlich, was Fürstbischof Kopp von der „Pflicht“ sagt, denen die Gnaden und Wohlthaten zu entziehen, welche die Zeitungen lesen, von denen eben die Rede war. Bekanntlich waren diese Zeitungen stets der aufrichtige Ausdruck der Empfindungen und Überzeugungen desjenigen gleichfalls aufrichtigen katholischen Teiles der polnischen Bevölkerung, welcher stets den Weg des sozialen und politischen Fortschritts wandeln wollte. Am schmerzlichsten ist jedoch der Satz, welcher mit Bezug auf minderalltägliche Auslassungen des Gornostolnecsa besagt: „Ihr könnt nicht Katholiken sein, sofern Ihr solche Zeitungen weiter lesen werdet!“ Fürstbischof Kopp hat, als er den letzten Hirtenbrief schrieb, hier unseres Erachtens folgendes verfaßt, 1. daß er selbst in nahen persönlichen Beziehungen zum Herzog von Ujest steht, welcher der freikonservativen Partei angehört, also einer Partei, die der deutschkatholischen Partei am meisten feindlich gesinnt ist, 2. daß er Beziehungen zu dem freikonservativen Fürsten Bleß unterhält, der sich als Katholik nicht scheut, dieser antikatholischen Partei anzugehören und 3. daß Fürstbischof Kopp selbst in eigener Person die Exequien an der Leiche des zweiten Reichsfanzlers Fürsten Hohenlohe ausgeführt hat, der f. Rt. selbst zu den eifrigsten Kulturkämpfern und Freikonservativen gehörte. Gegen ihn hat der Fürstbischof keinen besonderen Hirtenbrief veröffentlicht, dagegen tut er dies heute armen Leuten und Zeitungen gegenüber, deren ganzes Ver schulden ist, daß sie dem natürlichen Rechte der polnischen Bevölkerung in der Kirche und im öffentlichen Leben zum Siege zu verhelfen suchen.

Auf diese Art kämpfend erwirbt man der Kirche kaum treue Bekenner, vielmehr macht man die religiösesten Elemente abspenstig.

Aus Nr. 10 des Robotnik Polski (Bochum)
vom 5. Juni 1903:

An die geehrten polnischen Wähler auf deutscher Erde.

Landsleute!

Am 16. Juni d. Js. sollen wir vor die Wahlurne treten und durch unsere Stimmen öffentlich erklären, was wir sind, was wir fühlen und wonach wir streben.

Ein Vierteljahrhundert hindurch haben wir ohne Interesse unsere Stimmen einer Partei gegeben, an deren Spitze solche Verteidiger der Freiheit standen wie es Windhorst war, und indem wir dies taten, hatten wir die Gewißheit, daß wir tatsächlich für Wahrheit, Freiheit und Recht kämpfen, daß wir der heiligen Kirche dienen, daß wir den Glauben und die Sprache unserer Väter und zugleich die Rechte des arbeitenden Volkes verteidigen.

So war es bis zum Tode Windhorst.

Nach dem Ableben dieses bedeutenden Mannes unterlag die Zentrums-Partei leider schnell einer Änderung, denn der bekannte Graf Ballestrem und andere Germanisatoren des polnischen Volkes einerseits, sowie die Beamten verschiedener Kategorien andererseits gewannen immer mehr Einfluß in ihr.

Mit Besorgnis sahen wir darauf, wie die Zentrums-Partei mit großem Eifer anfang, jegliche Wünsche der Regierung zu erfüllen, wie sie den Wünschen der polnischen Abgeordneten gegenüber in der Zeit, als die fürchterlichste unserer Plagen — die Germanisierung in der Kirche — zu blühen anfang, sich immer gleichgültiger verhielt. Trotzdem folgten wir — in Anbetracht der Verdienste Windhorsts und der Verdienste ihm ähnlicher Männer — noch lange Zeit hindurch der Fahne des Zentrums. Seit dem hauptsächlich auf Veranlassung der Zentrums-Partei den Volksschullehrern das Richtigungsrecht über unsere Kinder wieder zugestanden wurde, was uns mittelbar den Fall Breschen brachte, seitdem die Zentrumsredakteure und die Zentrumsabgeordneten anfangen hatten, über die polnischen Zeitungen zu wettern und uns der großpolnischen Agitation und des Radikalismus zu beschuldigen, seitdem die Zentrums-Partei hunderte von Millionen für das Militär, für Schiffe und für Kriegsmaschinen zum Töten der Menschen bewilligt hatte, seitdem sie schließlich, um der Regierung Geld zu Kriegszwecken zuzuwenden, viel zur Annahme der hohen Getreidezölle beigetragen hatte, ist es klar geworden, daß die in den deutschen Gebieten lebenden Polen mit dem Zentrum abbrechen und ihren eigenen Weg bei den Wahlen gehen mußten. In den Vortagsversammlungen und in den an die Zeitungen eingesandten Korrespondenzen wurde von uns, als der durch die Kreise rechtmäÙig gewählten höchsten Wahlbehörde immer eindringlicher verlangt, daß wir den auf deutscher Erde lebenden polnischen Wählern gestatten möchten, einen Landsmann zu wählen, bis uns schließlich die allgemeine, in Bochum tagende Versammlung den in ganz Polen bekannten und um die katholisch-polnische Aufklärung vielverdienten Schriftsteller Joseph Chociszewski in Gnesen als Kandidaten empfahl.

Diesen so ausdrücklichen, richtigen und loyalen Willen des Volkes konnten wir — ohne wichtige Gründe anzuführen — nicht entgegentreten. So lange uns die Vertreter der Zentrums-Partei nicht die entsprechenden Zugeständnisse gemacht, so lange sie namentlich nicht anerkannt haben, daß die auf deutscher Erde lebenden Polen in jeglicher Beziehung dieselben Rechte haben sollten, wie sie die deutschen Katholiken im polnischen Lande haben, konnten wir es

auch nicht wagen, unseren Landsleuten zu empfehlen, noch einmal für Zentrums-kandidaten zu stimmen.

Weil uns die Halsstarrigkeit der Zentrumsleute bekannt war, haben wir uns nur ungern und zwar einzig und allein unter dem Drucke der heimatischen Blätter mit ihnen in Verhandlungen eingelassen. Nachdem es sich jedoch gezeigt hatte, daß diese Verhandlungen durchaus nicht zum Ziele führen, nachdem die Zentrumsleute unsere Abgesandten und in deren Personen alle Polen in der Fremde verhöhnt hatten, haben wir uns veranlaßt gesehen, einen entscheidenden Schritt zu tun, und nach gründlicher Überlegung haben wir nunmehr beschlossen, den in Westfalen, im Rheinlande und in anderen deutschen Provinzen lebenden Polen, mit Ausnahme der Polen in Berlin, wo selbst eine besondere polnische Organisation besteht, zu empfehlen, für einen nationalen Kandidaten, einen Polen und Katholiken zu stimmen, nämlich für den Schriftsteller **Joseph Chociżewski** aus Gnesen.

Landsleute! Jetzt ist es eure Sache, zu zeigen, daß ihr Bürger in des Wortes wahrster Bedeutung seid, daß ihr in der Behörde, die ihr selbst ins Leben gerufen habt, euch selbst achtet. Ihr wolltet einen nationalen Kandidaten; da ihr nun einen solchen habt, so strengt alle eure Kräfte an, damit dieser Kandidat auch so viele Stimmen erhalte, als nur irgend möglich. Laßt euch nicht irre führen durch die Sakatisten, wenngleich sie der Politik wegen katholische Lösungen mißbrauchen, folgt nicht den Stimmen derjenigen, die der eigenen Bequemlichkeit wegen und um sich die Freundschaft der Zentrumsleute zu sichern, euch auffordern, die nationale Solidarität zu zerstören, was sie da, wo sie selbst regieren, als schwere Sünde und als nationales Verbrechen brandmarken.

Landsleute! Wir können es nicht hindern, daß dort in der Heimat manche Landsleute das Land an fremde Hände verkaufen und das polnische Volk zwingen, in der Fremde sein Brot zu suchen; lassen wir es aber nicht zu, daß man uns gegen euren Willen deutschen Parteien verkaufe.

Landsleute! Es handelt sich jetzt darum, ob wir, die wir seit Jahrzehnten aus eigenen Kräften unsere heiligsten Schätze verteidigen, die wir zu diesem Zwecke so viele wichtige Institutionen ins Leben gerufen haben und dieselben erhalten, ob wir polnische Arbeiter in der Fremde als freie Bürger das Recht haben, über unser eigenes Geschick zu bestimmen, oder ob wir wie gedankenlose Schafe dort hingehen sollen, wo uns die arglistigen Deutschen hinstoßen oder wo uns die von uns entfernt wohnenden Herren infolge egoistischer Berechnung oder infolge der Unkenntnis unserer Lage hinzugehen gebieten.

Landsleute! Wer sich nicht als Spielball der Deutschen gebrauchen lassen will, wer ein freier Bürger ist, der möge am 16. Juni seine Stimme einem Landsmann geben und andere ebenfalls dazu anhalten, solches zu tun.

Es lebe der Kandidat des polnischen Volkes in der Fremde:

Joseph Chociżewski aus Gnesen!

Bochum-Essen, den 24. Mai 1903.

Das polnische Hauptwahlkomitee für Westfalen, die Rheinprovinz und die angrenzenden deutschen Provinzen.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 131 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 11. Juni 1903:

Die Nationalversammlung,

welche in Lemberg getagt, hat den allpolnischen Kreisen große Freude nicht bereitet. Selbst die Sakatisten, die sich schon gefreut hatten, aus der Versammlung ausgezeichnetes politisches Kapital schlagen zu können, sprechen ihr heut jede Bedeutung ab.

Und alle Resolutionen dieser Versammlung, angeblich dazu bestimmt, die Initiative zu verschiedenen Organisationen zu geben, enthalten lauter leere Worte und Phrasen, woraus wohl nie etwas werden wird, denn es fehlt ihnen vor allem an jenem nervus rerum, ohne welchen keine erfolgreichen Organisationen durchgeführt werden können. Man hat sich satt geredet — das ist alles. — Kinder spiel!

Daher zieht auch das Posener allpolnische Hauptorgan gelindere Seiten auf, wenn es sagt: „Die Versammlung hatte keine allgemeine, sondern lokal-galizische Bedeutung.“

Aus Nr. 19 des Kraj (Petersburg)
vom 9. (22.) Mai 1903:

Polnische Stimmen in Preußen.

Die statistische Zusammenstellung der polnischen Vertreter im deutschen Reichstage in den letzten 30 Jahren stellt sich wie folgt dar:

	polnische Abgeordnete	polnische Stimmen
Im Jahre 1871...	13	176 360
" " 1874...	14	198 400
" " 1877...	14	216 200
" " 1878...	14	210 100
" " 1881...	18	194 900
" " 1884...	16	203 200
" " 1887...	13	220 000
" " 1890...	16	246 800
" " 1893...	19	229 500
" " 1898...	14	256 000

Am zahlreichsten war daher die polnische Vertretung im Jahre 1893. Dies geschah jedoch nicht nur mit Hilfe der polnischen Stimmen, sondern auch infolge der regierungsseitigen Unterstützung, welche damals während der sogenannten Versöhnungsepoche den polnischen Kandidaten zu teil wurde. Im allgemeinen, obwohl sie Schwankungen unterliegt, wächst jedoch die Anzahl der polnischen Stimmen fortwährend. In dem letzten Wahljahre, 1898, erreichten die polnischen Stimmen im Deutschen Reiche die ansehnliche Ziffer von 256 000. Diese Ziffer umfaßt nicht nur das Großherzogtum Posen und Westpreußen, sondern auch Ostpreußen, Westfalen, Berlin und alle anderen Ortschaften, an welchen die Polen für ihre Kandidaten gestimmt haben. Außerdem fielen in demselben Jahre etwa 100 000 polnische Stimmen für die Zentrums-kandidaten.

Allein im Großherzogtum Posen stellt sich die Wahlstatistik im Jahre 1898 wie folgt dar:

Es wurden abgegeben:	
polnische Stimmen	153 194,
deutsche	108 835.

Das prozentuale Verhältnis der polnischen Wähler zu den deutschen beträgt also 58,5 : 41,5. Unter Zugrundelegung dieses Verhältnisses zu der Anzahl der Abgeordneten müßten die Polen von den 15 Wahl-

bezirken 9 und die Deutschen 6 Abgeordnete haben. Indessen hatten die Polen 11 und die Deutschen 4 Abgeordnete (darunter einen Deutschkatholiken).

Die letzten Wahlen lieferten daher für die Polen ein relativ günstiges Ergebnis. Dieses war gewissermaßen die Folge der unter den verschiedenen deutschen Parteien herrschenden Zersplitterung, während die Polen einmütig für den nationalen Kandidaten eintraten. Wenn jedoch unter den deutschen Wählern eine gleiche Einigkeit herrschen sollte, könnte das Wahlergebnis für die Polen bedeutend ungünstiger ausfallen, umsomehr, als die Regierung die deutschen Kandidaten kräftig unterstützen wird.

Bei den diesjährigen Wahlen haben wir (entsprechend dem oben angeführten Verhältnisse) neun (9) Wahlbezirke vollständig sicher.

Absolute Mehrheit polnischer Stimmen im Jahre 1898:

in Wahlbezirk: Posen	+ 5210
" " Schmiegel = Kofen = Grätz = Neutomischel	+ 9438
" " Rawitsch = Gostyn	+ 3445
" " Schrimm = Schroda	+ 7701
" " Breschen = Jarotschin = Pleschen	+ 8212
" " Krotoschin = Koschmin	+ 5177
" " Adelnau = Ostrowo = Schildberg = Kempen	+ 9722
" " Inowrazlaw = Strelno = Mogilno	+ 8711
" " Gnesen = Witkowo = Wogrowitz	+ 9489

In zwei Wahlbezirken, welche jetzt durch den Grafen Hektor Kwilecki und den Herrn Leo von Czarlinski vertreten werden, d. h. in den Wahlkreisen: Samter = Dornik = Birnbaum = Schwerin und Wirsig = Zin = Schubert, wird der Kampf mit den Deutschen ein äußerst erbitterter sein und der Sieg ist unsicher. In dem ersteren wurde Graf Kwilecki mit Hilfe der deutschen Katholiken gewählt, deren Unterstützung diesmal zweifelhaft ist. Im zweiten siegte Czarlinski dank der Zersplitterung, welche zwischen den Nationalliberalen und der freisinnigen Rickert'schen Partei herrschte. In diesem Jahre werden sich wahrscheinlich die Deutschen vertragen, um den polnischen Kandidaten zu stürzen.

In dem Fraustadt-Lissaer Wahlbezirk verdankte das deutsche Zentrumsmitglied, Pfarrer Tasch, seine Wahl lediglich den 3100 für ihn abgegebenen polnischen Stimmen. Wenn das Zentrum jetzt diese Hilfe verlieren sollte, würde in diesem Wahlkreise der Kandidat der Reichspartei sicherlich durchkommen. Mit diesem Umstande müßte das Zentrum rechnen.

Aus diesen Ziffern ersehen wir die neue große Wahrheit: die Polen können nur durch Einigkeit siegen. Und wir wollen uns der Hoffnung hingeben, daß der Vorwähler, welcher jetzt seinen Höhepunkt erreichte, mit dem Delegiertenbeschlusse aufhören und daß in den Reihen der Wähler vollkommene und rückhaltlose Disziplin herrschen werde.

Aus Nr. 249 des Słowo Polskie (Lemberg)

vom 30. Mai 1903:

Die nationale Politik im preussischen Anteil.

Wir können schon heute nicht nur von dem Charakter, sondern auch von dem Ergebnis der Wahlbewegung im preussischen Anteil sprechen. In Oberschlesien und in Westpreußen sind die Kandidaturen bereits aufgestellt und in der Provinz Posen hat die

General-Delegierten-Versammlung sie auch schon bestätigt und irgend welche Änderungen sind unwahrscheinlich. Ein augenscheinliches Ergebnis der Vorwahlbewegung ist der Sieg der nationalen Richtung und das Mißgelingen der bisherigen Politik, welche, obwohl sie sich mit der Regierung nicht ausöhnte, ihrem Wesen nach doch versöhnlich war. Irrig ist jedoch die Behauptung, daß die Volkspartei gesiegt habe, denn es ist Tatsache, daß wirklich nur diejenigen Kandidaten gesiegt haben, für welche sich auch die Partei erklärte, das ist ganz etwas anderes. Weder Chrzanowski, noch Glembocki oder Skarzynski, Czarlinski und Mielzynski in der Provinz Posen gehören der Volkspartei an, sie sind Vertreter verschiedener politischer Richtungen. Das gleiche gilt von den westpreussischen und noch mehr von den ober-schlesischen Kandidaten.

In 11 Posener Wahlkreisen (von welchen 9 vollständig sicher, 2 zweifelhaft sind) werden die Kandidaturen des Dr. Anton Chlapowski, Bernhard v. Chrzanowski, Joseph v. Glembocki, Dr. Arzminski, Dr. W. v. Skarzynski, Graf v. Mielzynski und Leo v. Czarlinski aufgestellt. Alle sind Gegner der bisherigen Politik und gehörten, insofern sie Abgeordnete waren, in der Fraktion der Opposition an. Außer ihnen kandidieren zwei frühere Versöhner, Fürst Radziwill und Prälat v. Jagdzewski, sowie die politisch noch unentschiedenen Joseph v. Mynielski und Leo v. Grabzki.

In Westpreußen werden in drei sicheren Wahlkreisen die Kandidaturen der Herren Leo v. Czarlinski, Gorski und v. Janta-Polczynski aufgestellt. Nur der letztere ist konservativ. Möglich, beinahe sicher ist die Wahl Kulerski's in dem vierten Wahlbezirk (Graudenz-Strasburg).

Von den bisherigen Kandidaten wurden in der Provinz Posen 5 und in Westpreußen 2 nicht aufgestellt. Darunter befinden sich die Stützen der bankrottierten Versöhnungspolitik, die Herren v. Komierowski, v. Dziembowski, Cegielski und Graf H. v. Kwilecki. Wir können schon heute berechnen, daß, wenn die politische Reichstagsfraktion nur, wie bisher, 14 Abgeordnete zählte, die neue politische Richtung darin 9—10 Vertreter oder eine bedeutende Mehrheit haben würde. Jeder neu eroberte Wahlbezirk wird diese Zahl vergrößern. Sollten namentlich in Oberschlesien die Wahlen in nationalem Sinne ausfallen, so würde das politische Aussehen der polnischen Fraktion in Berlin sich vollständig ändern.

In den Provinzen Posen und Westpreußen wissen wir auf Grund früherer Wahlergebnisse, daß wir 12 vollständig sichere Wahlkreise, 3 zweifelhafte und 4 oder gar 5 solche haben, in welchen der Sieg des polnischen Kandidaten möglich, aber sehr schwierig ist. Über die Wahlen in Oberschlesien können wir von vornherein nichts bestimmtes sagen. Es scheint jedoch, daß, trotz der rohen Agitation des Zentrums, in Verbindung mit dem „Katholik“ und der preussischen Polizei, doch wenigstens einige Kandidaten Abgeordnetenmandate erringen werden.

Wie wir bereits bemerkten, die neue politische Richtung im preussischen Anteil hat sich noch nicht kristallisiert, noch nicht befestigt. Es ist dies erst eine politische Gährung, welche sich allmählich klärt.

Diese Gährung hat jedoch einen hervorragenden demokratischen, vor allem einen nationalen Charakter. Die künftige Politik der polnischen Vertretung im Reichstage wird zweifellos eine nationale sein und wird der Stimmung und den Anforderungen der polnischen Gesellschaft im preussischen Anteil entsprechen. Dies können wir von vornherein behaupten und das ist schon ein großer Sieg. —

Aus Nr. 120 der Nowa Reforma (Kraſau)
vom 28. Mai 1903:

Der Sieg des polniſchen Volkes in der Provinz Poſen.

Kraſau, den 27. Mai 1903.

Geſtern fand in Poſen die Generalverſammlung der Kreisdelegierten ſtatt, welche dort, namentlich in Betreff der Kandidatenaufſtellung, die höchſte Wahl-inſtanz bildet. Das Ergebnis der Abſtimmung beſtätigte, daß die Delegierten, obwohl ſich unter ihnen die konſervativen Elemente noch immer in der Mehrheit befinden, ſich dem Willen des Volkes und den Beſchlüſſen der Kreisverſammlungen, in welchen die Kandidaturen der bisherigen konſervativ-verſöhnlichen Abgeordneten geſtürzt wurden, geſügt haben. Es wurden dort folgende „verſöhnliche“ Kandidaten geſtürzt: Cegielski, Dr. v. Dziembowski und Graf Hektor Wilecki. Die vierte Stütze der Verſöhnlichen, v. Komierowski, verzichtete ſelbſt auf die Aufſtellung ſeiner Kandidatur. Der Pfarrer v. Jazdzewski wurde in ſeinen Kreiſen nur dank den geſchickten Manövern der Kreiskomitees als Kandidat aufgeſtellt; den Fürſten Ferdinand Radziwill hat die Volksbewegung aus verſchiedenen Nebenrückſichten noch einmal zur Kandidatur zugelassen und Fürſt Rdzislav Czartorski verdankt ſein Mandat lediglich ſeinem perſönlichen Einfluß in ſeinem (Goſtyn-Kröbener) Wahlbezirke. Die Haupturſache des Volkswiderſtandes war die Unzufriedenheit über die allzugroße Nachgiebigkeit ſeitens der Verſöhnlichen der Regierung gegenüber. Das von den Preußen bebrängte Volk, zur Abwehr der germaniſatorischen Politik durch eine kühne und zielbewußte Selbſtverteidigung ſich ſtark genug fühlend, weiſet jegliche Paktierung mit der Regierung und jegliche diplomatiſchen Ausflüchte entſchieden zurück und verlanſt von ſeiner Vertretung ein offenes, dreißtes und echt polniſches Auftreten. Zu dieſem Beweggrund trat noch ein zweiter, wiſchaftlicher hinzu.

Trotz des landwirthſchaftlichen Charakters der Provinz erklärten ſich die breiten Bevölkerungſchichten gegen die Erhöhung der Getreidezölle, für welche gerade die ſo genannten „verſöhnlichen“ Fraktionsmitglieder im Intereſſe der Großgrundbeſitzer eintraten. Dieſer zweite Beweggrund trat jedoch vor dem erſten zurück. Das Volk ließ ſich bei der Aufſtellung der neuen Kandidaten lediglich von deren nationaler Stellung leiten.

Am ſchwierigſten für die Delegierten war die Kandidatenfrage in dem Wahlbezirke Koſten-Grätz-Neutomichel, welchen bis jezt der Kammerherr Cegielski vertrat. Die Volkspartei ſtellte nämlich in dieſem Wahlkreiſe zwei Kandidaturen, diejenige des Rittergutsbeſizers Dr. Witold v. Skarzynski-Splawie und des Dr. v. Niegolewski-Poſen auf. Der erſtere iſt ein bekannter Landwirt, welcher ſchon früher Abgeordneter war, der zweite ein junger Arzt. Beide ſind entſchiedene Gegner jeglicher Verſöhnung der Regierung gegenüber.

In den konſervativ-verſöhnlichen Kreiſen werden bis zum letzten Augenblick auf verſchiedene Art und Weiſe verſucht, die geſtürzten Kandidaturen zu retten. Sie erhoben gegen die betrefſenden Verſammlungsbeſchlüſſe Einſpruch bei dem Zentralwahlkomitee. Kurz vor der Delegierten-Verſammlung wendete ſich Fürſt Rdzislav Czartorski in einem offenen Briefe an die polniſche Geſellſchaft, in welchem er ſich verächtlich über die pöbelhaften Ausſchreitungen der Volksparteiler ausließ, ihnen die Beſtechung der Wähler vorwarf und erklärte, daß der (gegenwärtig im Bade

weilende) Dr. v. Skarzynski, die ihm auf dieſe Weiſe angebotene Kandidatur nicht annehmen werde und beſchwor endlich, indem er ſich auf ſeine Familienüberlieferungen, auf Birlawn uſw. berief, die Delegierten, der Marktschreierei der Volksparteiler keine Folge zu geben, ſondern die Kandidaturen der bisherigen erprobten Volksverteidiger wieder aufzuſtellen.

Die Verſöhnungsorgane: „Dziennik“, „Kurjer“ und „Wielkopolarin“ warteten gewiſſermaßen nur auf dieſe Lösung. Sie ſingen nämlich ſofort an, nach dieſer Richtung hin auf die Delegierten einzuwirken, indem ſie auf die fürchterliche Gefahr aufmerkſam machten, welche der polniſchen Bevölkerung drohen könnte, wenn Leute der „ſcharfen Tonart“ in die polniſche Fraktion hineinkämen.

Alles vergebens! Die Delegierten ließen ſich durch dieſe Stimmen nicht fangen, ſondern erfüllten ihre Pflicht gewiſſenhaft und parteiloſ. Eine geradezu ſchmerzliche Abfertigung wurde dabei dem Fürſten Czartorski zu teil. Nicht nur die Volkspreſſe gab ihm auf ſeinen offenen Brief eine gründliche Antwort, ja nicht nur in Adelskreiſen des Koſtener Kreiſes wurde der von ihm erhobene Vorwurf der Beſtechung geradezu als Unwahrheit bezeichnet, ſondern Dr. v. Skarzynski ſelbſt ſtrafte ſeine Verſicherungen Lügen, indem er der Delegierten-Verſammlung telegraphiſch die Mitteilung machte, daß er das Mandat aus der Hand des Volkes annehme.

Angeſichts deſſen ging das Provinzial-Wahlkomitee über die Proteſte gegen die Kandidatur Skarzynski's zur Tagesordnung über. Die General-Delegiertenverſammlung beſtätigte denn auch demnächſt ſeine Kandidatur mit 21 gegen 19 Stimmen.

Einen glänzenden Sieg trug dann auch der Hauptvertreter der „ſcharfen Tonart“, Abg. v. Glembocki, davon. Er wurde mit 30 gegen 9 Stimmen als Kandidat aufgeſtellt. In gleicher Weiſe wurde der Volkswille in dem Wahlbezirke Breschen-Pleſchen-Jarotſchin erfüllt. An Stelle des Verſöhnlers Dr. v. Dziembowski wurde für dieſen Bezirk der ausgeſprochene Antiverſöhnler und Demokrat Dr. Anton Chlapowski-Poſen als Kandidat aufgeſtellt. An Stelle des Dr. v. Komierowski wurde Direktor v. Grabski-Gneſen in Vorſchlag gebracht. Die Kandidatur des Prälaten v. Jazdzewski-Schroda kam nur mit 27 Stimmen durch. Aus dieſem Abſtimmungsergebnis kann mit vollſter Sicherheit geſchloſſen werden, daß sämtliche Volkskandidaturen durchgekommen ſind und die Volksbewegung auf der ganzen Linie triumphiert. In der künftigen polniſchen Fraktion wird die Linke eine ſo große Mehrheit beſitzen, daß die verſöhnlichen Trümmer auf den Lauf der Fraktionspolitik und Taktik gar keinen Einfluß werden ausüben können. Die Stellung der polniſchen Fraktion in Berlin würde dann der Würde einer verfolgten Nation entſprechen.

Ehre ſei dem Poſener Volke, welches dies bewirkte!

Aus Nr. 257 des Słowo Polskie (Lemberg)

vom 5. Juni 1903:

Soll Poppot boykottiert werden?

In der Kraſauer Nowa Reforma finden wir unter der Überſchrift: „Warnung vor Poppot“ folgende Notiz:

„Die polniſchen Blätter in Preußen warnen wiederum die polniſche Bevölkerung vor dem Beſuche Poppots bei Danzig. Bei dieſer Gelegenheit er-

innern sie daran, daß im vorigen Jahre die Polen dort auf Schritt und Tritt chikanirt worden seien, daß sogar die zum Teil von polnischen Beiträgen erbaute Kirche ausschließlich den Deutschen zur Benutzung übergeben worden und gleichzeitig verboten worden sei, dort polnische Lieder zu singen und polnische Predigten zu halten!“

Der Nowa Reforma wollen wir vor allen Dingen zur Kenntniss bringen, daß die Polen diesen Ort als Soboty oder Sopoty, niemals aber Copoty bezeichnen, denn das ist deutsch. Wenn ferner die polnischen Blätter im preussischen Anteil vor Zoppot warnen, so tun sie nicht gut und die Nowa Reforma macht ihnen das Schlechte nach. Im vorigen Jahre brachten wir einen ausgezeichneten Artikel der Frau Gerzabka, in welchem nachgewiesen wurde, daß man Zoppot nicht boykottieren dürfe, sondern im Gegen-

teil die polnische Bevölkerung zu dessen Besuch anregen müsse. Es genügt jedoch, hier festzustellen, daß Zoppot ein polnischer Ort ist, in einer polnischen Gegend liegt und als Badeort ein polnisches Pensionat besitzt. Der Umstand, daß die polnische Sprache dort verfolgt werde, beweise nichts, denn sie werde z. B. in Posen ebenso verfolgt, woraus jedoch nicht folgt, daß man Posen nicht besuchen dürfe. Im Gegenteil, die Ortsbevölkerung von Zoppot und dessen Umgegend müßte möglichst oft mit den Polen der anderen Landesteile in Berührung kommen, damit das polnische Selbstbewußtsein in ihr wachgerufen und erhalten werde. Boykottieren wir also Zoppot nicht, zumal doch jeder, dem ein Aufenthalt an der See empfohlen worden ist, irgendwohin an die See reisen muß.

